Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

26 (26.1.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatl. 12.50 M., in den Ausgabestellen abgeholt monatl. 10.50 Mk., auswärts durch unsere Agentur bezogen 12.50 M., monatl., durch den Briefträger frei ins Haus gebracht monatlich 11.— M., vierteljährlich 33.— Mk. Einzelverkauf Werktags 50 Pfg., Sonntags 60 Pfg.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 2.65 M.; auswärts 3.— M.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 1.90 M.; Reklamezeile 8.50 Mk., an erster Stelle 10.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 12 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 4 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 208. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr 19

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide"

Badische Morgenpost

Beilagen: „Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Welck; für die „Pyramide" Karl Joho; für Inserate: Heinrich Schriever. Druck u. Verlag: C. F. Müllersche Hofbuchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Fischer, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423. Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 26. **Donnerstag, den 26. Januar 1922** Erstes Blatt.

Das Regierungsprogramm

Der neugewählte Staatspräsident Hummel hat in seiner Antrittsrede am Dienstag dem Landtag die Richtlinien bekannt gegeben, nach denen die Regierung mit den alten Männern im neuen Rate des Landes dessen Bestes fördern zu können glaubt. Die Rede hat eingehend die innere und äußere Politik von Reich und Freistaat Baden behandelt und sich besonders tiefschürfend mit den Verwaltungsplänen beschäftigt, die durch die Ausführungen des Finanzministers ihre Ergänzung erfuhren.

Der Staatspräsident widmete dem soeben heimgegangenen Oberhaupt der katholischen Kirche warme Worte der Erinnerung und gedachte dabei besonders der Mildtätigkeit und friedenvermittelnden Bestrebungen Benedikt XV. im Weltkriege. Diese Worte des Staatspräsidenten werden zweifellos im ganzen Lande eine zustimmende Aufnahme gefunden haben.

Sodann wurde des Personalwechsels im Ministerium gedacht, anschließend wurden die wesentlichsten Aufgaben erörtert, die die politische Führung in der näheren und weiteren Zukunft zu erfüllen haben wird. Was der Staatspräsident hier ausführte, berührte sympathisch und kann nur mit Zustimmung begrüßt werden. Die Betonung, Wirtschaft und Politik den praktischen Erfordernissen der Zeit anpassen und positive Arbeit leisten zu wollen, entspricht den Forderungen der Stunde, und besonders gern folgen wir dem Staatspräsidenten auf seinem Gedankengang, der auf eine Versöhnung der Gegensätze hinzielt. Wenn, wie erwähnt wurde, dieses Ziel im Landtag bereits erreicht ist (die gestrige Landtagssitzung stellt diese Tatsache allerdings etwas in Frage), so wird es eine weitere dankbare Arbeit sein, aber auch noch reichlicher Anstrengungen bedürfen, um dasselbe draußen im Lande in gleichem Maße zu gewinnen. Hier sagen wir gerne unsere Gefolgschaft zu, setzen dabei allerdings voraus, daß dem Willen auch die Tat folge und daß es der Regierung gelinge, auch diejenigen Kreise mit dem Geiste ihres Strebens zu erfüllen, die die Erstrebung solcher Ziele bisher nicht immer erkennen ließen.

Zu positiver Arbeit gehört auch eine gesunde Kritik, sie auszuüben und in der ihr richtig erscheinenden Weise auf bestehende Mißstände hinzuweisen, ist das unbestrittene und vornehmste Recht und die Pflicht der Presse. Es wird gut sein, daß die Regierung sich dieser Tatsache auch dann erinnert, wenn sie einmal ihr nicht genehme Worte zu hören bekommt. Nur wenn sie über allem die Ueberzeugung behält, daß auch in einer solchen Kritik die unerläßliche Mitarbeit zum Zwecke des Wohles des Volksganzen ruht, wenn sie sich stark und innerlich frei genug fühlt, eine solche Kritik vertragen zu können, wird aus dem so oft bemängelten Zusammenarbeiten von Regierung und Presse ersprießliche Arbeit für das Ganze erwachsen. In diesem Sinne der Sache zu dienen und unbeirrt unseren Weg zu gehen, wird auch unser Streben sein. Selbst dann, wenn wir uns das Mißfallen anders Gesinnter zuziehen und dieses in Form und Ton stark aus dem Rahmen des Ueblichen tritt, wenn in geistigen Spritzern, die auf das Persönliche gerichtet sind, weil sachliche Momente für eine Erwiderung fehlen, der Federn Unmut sich Betätigung sucht, werden wir uns nicht beirren lassen.

Die Notwendigkeit, eine staatserhaltende Politik auch praktisch zu betätigen, gehört heute mit zu den ersten Aufgaben von Regierung und Volk. Dabei unter allen Umständen den Staat über die Staatsform und damit alles Persönliche und „Opportunistische" hinter das Erfordernis der Stunde zu stellen, wird unser aller Ziel sein müssen, wenn wir überhaupt jemals wieder gesunden und hochkommen wollen. Daß im Ernst jemand anders denkt, der sein Vaterland im großen, deutschen und nationalen Sinne liebt, das kann nur der annehmen, dessen Fuß und Wort von der Angst beflügelt wird, kann nur der glauben, der solche Märchen sich und anderen glauben machen will. Erst wenn wir uns alle endlich daran gewöhnen, unsere wahren Feinde nicht in den eigenen Reihen, sondern jenseits des Rheins und der Landesgrenzen zu sehen, wird die innere Geschlossenheit und Einigkeit erreicht werden, die der Staatspräsident betont, die wir als elementarste Notwendigkeit benötigen und für die einzutreten wir dauernd ebenso nicht müde werden wollen, wie für die Erhaltung und Stärkung der Autorität des Staates und des Reiches. Das wird aber nur gelingen, wenn diese Autoritäten sich auch ihrerseits unausgesetzt auf ihre Pflichten besinnen, und nicht in parteipolitischen Interessengängen ihre Zerstreuung suchen, die dann auch die „Zerstreuung" des Volkes zur Folge haben muß.

Ueber allem steht uns die Einheit des Reiches. Sie zu erhalten ohne dadurch der Eigenart der Stämme, der Selbständigkeit der Staaten und Länder, soweit diese ihnen noch verblieben ist, zu nahe zu treten, ist das Ziel, das Volk und Regierung im Auge haben müssen.

Der Staatspräsident hat in diesem Sinne den Aufgaben der Reichsaußenpolitik besondere Worte gewidmet, Worte, die zweifellos genährt wurden durch die Orientierung, die der Sprecher gelegentlich seines jüngsten Berliner Aufenthaltes erfahren hat. Wenn, wie Präsident Hummel sagt, wir in unserer Außenpolitik bestrebt sein müssen, unseren Gegnern ein Bild unserer wahren Lage zu geben, so ist das die selbstverständliche Grundlage der großen Politik des Reiches. Diese Aufklärung ist aber nur möglich, wenn wir dabei immer wieder von der Frage ausgehen, und auf die Frage zurückkommen, mit der nach wie vor das Schicksal nicht nur Deutschlands steht und fällt: Der Prüfung der Schuldfrage am Kriege. Sie immer wieder in den Vordergrund zu stellen, dürfen wir nicht müde werden, solange auf ihr unser und der Welt Elend sich aufbaut, und solange damit der Feindpartei Rechte eingeräumt werden, die ihr mit dem Maße aberkannt werden müssen, mit dem die systematische Aufklärungsarbeit täglich neue Dokumente zur Ententelüge bringt.

Wir hätten gewünscht, daß der Staatspräsident auch für diese Schuldfrage ein Wort gefunden hätte, denn kein Staatsmann hat seine Aufgabe erfüllt, solange noch diese deutsche Lebensfrage unbeantwortet und nicht restlos geklärt ist.

Wir möchten hier auf die vortrefflichen und klaren Worte verweisen, die wir am 21. aus dem „Württembergischen Staatsanzeiger" zitierten und die erklären, daß die württembergische Regierung sich niemals mit der im Vertrag von Versailles erzwungenen Unterschrift abgefunden hat.

Staatspräsident Hummel betont am Schluß seiner Rede die Notwendigkeit, daß in unserer zwar kritischen aber aussichtsreicheren momentanen Lage ein einiges Volk hinter einer vom allgemeinen Vertrauen getragenen Regierung stehe. Die Einigkeit zu schaffen ist unser dauerndes Streben, sie zu erreichen erfordert die Wechselwirkung der Arbeit von Regierung und Volk. In diesem Sinne geleiten unsere Wünsche die Regierung bei ihrem Werke. Mögen die Hoffnungen, die sich mit diesen Wünschen vereinen, in Erfüllung gehen.

v. L.

Vor einer Zwangsanleihe.

Entscheidende Beratungen.

J. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedrahtet:

Während man im Plenum des Reichstages die deutschnationale Interpellation über den Wagenmangel der Eisenbahnen ohne besondere Anteilnahme erledigte, fanden hinter den Kulissen die schwerwiegendsten, für das gesamte politische und wirtschaftliche Leben des Reiches entscheidende Beratungen statt. In den Vormittagsstunden hatte der Kanzler, wie bereits gemeldet, sich bereit erklärt, den neuen Vermittelungsvorschlag der bürgerlichen Parteien weiter zu leiten. Dieser Vorschlag ging bekanntlich dahin, den Sozialdemokraten ihren Wunsch auf Auflegung einer Zwangsanleihe zu erfüllen. Um 5 Uhr, nachdem sich das Plenum vertagt hatte, traten die bürgerlichen Parteien noch einmal zu einer Sitzung zusammen, an der auch die Mehrheitssozialdemokraten teilnahmen.

Hier wurde in langen Verhandlungen die Grundlage für das neue Kompromiß festgelegt. Von der ursprünglichen Absicht, die Höhe der Anleihe in Papiermark zu bestimmen, kam man wieder ab und einigte sich nunmehr auf eine Zwangsanleihe in Höhe von einer Milliarde Goldmark. Was die Verzinsung anbetrifft, so kam man, während der erste Entwurf für eine Reihe von Jahren Zinsfreiheit vorsah, überein, einen niedrigen Zinsfuß festzusetzen. Die Veranlagung erfolgt nach den Grundsätzen der Veranlagung für das Reichsnotopfer, solange die neue Vermögensveranlagung noch nicht in Kraft ist.

Die Nachkriegssteuer fällt dagegen, ebenso wie die eigentlich in Aussicht genommenen Drittel des Reichsnotopfers, fort. Die Zuschläge zur Vermögenssteuer werden statt auf 300 auf 200 Prozent festgesetzt. Für die Vermögenssteuer selbst werden mittlere Sätze, die sich zwischen denen der Regierungsvorlage und denen der Ausschußfassungen begegnen, in Aussicht genommen. Für die Verwendung der durch die Zwangsanleihe aufgebrachten Mittel wird die Garantie gegeben, daß diese Mittel nur für wirtschaftliche Zwecke Verwendung finden sollen. Es werden ferner Garantien dafür gegeben, daß der Etat balanziert. Die Frage der Besteuerung nach gemeinem Wert oder nach dem Ertragswert soll erst durch die Abstimmung im Plenum entschieden werden. Der Reichskanzler wird ferner die Erklärung abgeben, daß die sonstigen Steuern dahin nachgeprüft werden sollen, ob die Sätze noch dem heutigen Geldwert entsprechen.

Die Parteien treten zwar morgen Vormittag nach einmal zur Beratung zusammen, doch kann das Kompromiß nunmehr als gesichert gelten und der Kanzler wird morgen endlich die schon vielfach angekündigte Erklärung für die Regierung abgeben können.

Die Einigung über die Steuern.

Berlin, 25. Jan. Die bürgerlichen Parteien des Reichstages, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Bayerische Volkspartei und die Demokraten traten im Reichstag zur Besprechung des Steuerkompromisses zusammen. An den Besprechungen nahmen wiederum der Reichskanzler, Hermes und Rathenau teil. Das Ergebnis der Besprechung war, daß eine einmalige Zwangsanleihe im Betrage von 40 Milliarden Papiermark zur Deckung des Etats für 1922 erwogen und auf Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers verzichtet wird. Die Zwangsanleihe soll in engster Verbindung mit den Steuervorlagen gebracht werden, aber wegen der technischen Schwierigkeiten erst später zur Durchführung gelangen. Die Entscheidung liegt zunächst bei den einzelnen Fraktionen, die heute nachmittag zusammentreten werden. Um 5 Uhr werden die interfraktionellen Besprechungen wieder aufgenommen, um, wenn irgend möglich, auf dieser Grundlage noch heute das Steuerkompromiß fertigzustellen.

Die Konferenz von Genua in Frage gestellt.

Paris, 25. Jan. Das Zustandekommen der Konferenz von Genua ist noch sehr unsicher. England will unter allen Umständen Amerika zur Teilnahme an der Konferenz bewegen, denn der ganze europäische, von England aufgestellte Wiederaufbauplan hängt von den Krediten ab, die Amerika gewähren soll. An diesen Kreditplänen scheint man vorerst in Amerika noch wenig Geschmack zu finden. Amerika hat auf die Einladung zur Konferenz von Genua noch keine Antwort gegeben. Bis jetzt liegen nur nichtamtliche Nachrichten vor, die den Schluß zulassen, daß die Stimmung Amerikas für diese Konferenz zurzeit nicht günstig ist. Die Regierung der Vereinigten Staaten, sagen Berichte, neige eher zu einer Ablehnung der Einladung. Nachrichten aus Amerika sprechen von zwei Bedingungen, von deren Erfüllung Amerika seine Teilnahme an der Konferenz abhängig mache. Amerika verlange die Nichtanerkennung Rußlands als moderner Staat, ferner verlange Amerika die Abrüstung in Frankreich. Ob mit diesen Bedingungen, die von der englischen Presse mit besonderer Auffälligkeit gebracht werden, ein Druck auf Frankreich ausgeübt werden soll oder ob tatsächlich eine Abneigung gegen die Konferenz besteht, und diese Bedingungen aus den wahren Gefühlen der Amerikaner entspringen, läßt sich natürlich nicht feststellen. Jedenfalls steht eines fest, daß der Zusammentritt der Konferenz von Genua vorerst noch sehr unsicher ist.

*

Amerika und die Konferenz von Genua.

(Eigener Drahtbericht.)

b. Berlin, 25. Jan. Ueber die Haltung der amerikanischen Regierung in der Frage der Teilnahme an der Konferenz von Genua liegen jetzt bestimmte Einzelheiten vor. Präsident Harding persönlich wäre für eine Teilnahme gewesen, wenn Aussicht bestanden hätte, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Konferenz zu einem guten Ergebnis führen könnte. Besprechungen, die Harding mit dem Handelsminister, dem Finanzminister und dem Außenminister hatte, haben zu einem Kabinettsbeschluß geführt, über den eine amtliche amerikanische Bekanntmachung mitteilt, daß die amerikanische Regierung sich gegen die Beteiligung an der Genua-Konferenz ausgesprochen habe, solange erstens: Rußland nicht den größten Teil seiner Roten Armee abrüstet und gewährleistet, eine feste und stabile Regierung aufrecht zu erhalten, zweitens, solange Frankreich seine Armee nicht auf Friedensfuß abrüstet und seinen Staatshaushalt, der gegenwärtig mit Rüstungskosten überlastet ist, ins Gleichgewicht bringt. Im Verlauf der Kabinettssitzung wurde dem Präsidenten von verschiedenen Seiten geraten, keine Delegierten nach Genua zu entsenden. In gut informierten amerikanischen Kreisen erklärt man aber, daß sich die Vereinigten Staaten an einer späteren Wirtschaftskonferenz beteiligen würden, wenn die genannten Hindernisse beseitigt würden.

Der Beschluß des amerikanischen Kabinetts zeigt deutlich die großen Befürchtungen, die man in Amerika wegen der Haltung Frankreichs hegt. Man will wissen, daß Frankreich entschlossen ist, der Konferenz von Genua statt einem wirtschaftlichen ein vorwiegend politisches Gepräge zu geben. Frankreich würde auf der Konferenz die praktische Anwendung gewisser Grundsätze besprechen, nämlich die Gewährung politischer und Pressefreiheit, Unverletzlichkeit des Privateigentums, Anerkennung der öffentlichen Schuld, Einführung eines normalen Währungssystems, Enthaltung von Propaganda und Maßnahmen, die auf gegen Nachbarstaaten gerichtete Angriffe abzielen. Die französische Regierung wird darauf dringen, daß ein Abkommen mit den übrigen Alliierten über die Grundlage der Konferenz getroffen würde. Es wünscht solche Garantien zu erhalten, um die Sicherheit zu haben, daß diese Grundsätze auch durchgeführt werden.

Deutscher Reichstag

(159. Sitzung.)

t. **Berlin**, 25. Jan. Am Regierungstisch Reichsverkehrsminister Gröner.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1.25 Uhr und teilt mit, daß um ¼4 Uhr abgebrochen werden soll, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu den wichtigen politischen Angelegenheiten zu geben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation Hergt (D.Ntl.) über den

Wagenmangel bei der Reichseisenbahn.

Darin wird darauf hingewiesen, daß die deutsche Reichseisenbahn den Verkehrsansprüchen nicht genüge. Landwirtschaft und Industrie leiden unter der unzulänglichen Wagengestellung. Daraus ergeben sich verhängnisvolle Folgen für Volk und Wirtschaft.

Weiter liegt ein Bericht des Ausschusses für Bildungswesen vor. Er will den Ausschuß, der die Eisenbahnpersonentarife vorbereitet, so ergänzen, daß auch die kulturellen Interessen vertreten sind. Ferner wird für Studenten deutscher Staatsangehörigkeit oder deutschen Stammes für die Fahrt von und zur Hochschule die gleiche Ermäßigung verlangt, die für die Arbeiterkarten gewährt werden. Besondere Rücksichtnah[illegible] für die Jugendpflege und für die Volks[illegible]en verlangt.

Reichsverkehrsminister Gröner

gibt zu, daß die Reichseisenbahnen den gesteigerten Anforderungen des Jahres 1921 noch nicht gewachsen waren. Im August wurden 60 Prozent Wagen mehr verlangt als im Vorjahre, im November 40 Proz. 1921 stieg die Wagengestellung ganz planmäßig bis zum März auf 3,9 Millionen. Dann kam ein Sturz wegen des Ausfalles der Ueberschichten an der Ruhr und wegen der Unruhen in Oberschlesien. Im Oktober war die Zahl schon wieder auf 4,11 Millionen Wagen gestiegen. Das ist die größte Ziffer seit der Kriegszeit. Der Kohlentransport von Hamburg nach der Schweiz hat keine Bedeutung. Die Gesamtleistung in der Wagengestellung hat gegenüber dem Vorjahr eine erhebliche Besserung erfahren. Die steigende Tendenz ist auch noch im Dezember 21 beibehalten worden. Die Anforderungen des Wirtschaftslebens sind groß. Wir hoffen aber auch im neuen Jahre, den Anforderungen im wesentlichen genügen zu können. Verkehrssperren sind mitunter notwendig. Im Laufe des Wirtschaftsjahres wird die Zahl der neuen Güterwagen 70 000 erreichen. Auch für 1922 ist die Schaffung einer großen Zahl neuer Wagen vorgesehen. Der Reparaturstand der Güterwagen ist jetzt fast so günstig wie vor dem Kriege. Bei den Lokomotiven ist der Reparaturstand noch ungünstig. Eine Minderung der Kohlennot ist noch zu erwarten. Der Bedarf der Landwirtschaft an Düngemitteln wird voraussichtlich gedeckt werden können.

In der Besprechung bedauert Abg. Quaatz (D. Vp.) die schlechte Ausnützung der Wasserstraßen. Gütersperren sind eine Bankerotterklärung. Wenn es dem Transportwesen nicht gelingt, die steigende Güterproduktion zu bewältigen, dann wird unser ganzes wirtschaftliches Leben geschädigt.

Die Besprechung der Interpellation wird abgebrochen.

Die Vorschläge des Ausschusses auf bessere Berücksichtigung der kulturellen Interessen bei der Festsetzung der Tarife wird angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 3 Uhr, Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Schluß 3 Uhr.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Deutschlands Wohlstand eine Notwendigkeit.

Brüssel, 25. Jan. In der Kammer erklärte der Ministerpräsident u. a.: Wir mußten in Cannes die Frage des Zahlungsaufschubes prüfen. Die Sachverständigen erklärten einstimmig, daß man Deutschland für das Jahr 1922 Erleichterungen gewähren müsse, aber gegen neue Sicherheiten. Es ist in der Tat erforderlich, daß Deutschland, damit man von ihm Entschädigungen erhalten kann, selbst einen gewissen Grad des Wohlstandes zurückgewinnen vermag. Im Augenblick des Rücktritts Briands hatte man sich dahin geeinigt, die Barzahlungen Deutschlands für 1922 auf 720 Millionen festzusetzen, wovon Belgien 580 Millionen erhalten sollte.

Das Ultimatum der Berliner Eisenbahner.

Berlin, 25. Jan. Zu den Nachrichten über die Stellung des Ultimatums der Berliner Eisenbahnbeamten an die Regierung erklärt die „B. Z.", daß es sich dabei um einen Beschluß von 150 Vertretern der etwa 5000 Mitgliedern zählenden Fachgruppe der nicht technischen Eisenbahnbeamten handelt. Auf Grund dieses Beschlusses wird sich die Vertretung der Berliner Eisenbahnbeamten nunmehr mit dem Beamtenbund ins Einvernehmen setzen. Dieser hat neue Verhandlungen mit der Regierung bereits angebahnt. Eine unmittelbare Streikgefahr besteht demnach für den Berliner Eisenbahnverkehr nicht. Die Berliner Eisenbahnbeamten haben einen Aktionsausschuß gewählt, der innerhalb fünf Tagen eine befriedigende Erklärung der Regierung herbeiführen soll.

Der sächsische Eisenbahnerstreik.

Berlin, 25. Jan. Nach den im Reichsverkehrsministerium vorliegenden Nachrichten ist die Streiklage in Sachsen im großen und ganzen unverändert. In der wichtigen Hauptbetriebswerkstätte Leipzig-Egelsdorf wird weiter gestreikt. Mit einer vollen Wiederaufnahme ist einstweilen nicht zu rechnen.

Ende des Dresdener Teilstreiks.

w. **Dresden**, 25. Jan. Blättermeldungen zufolge kann der Eisenbahnerstreik in Dresden und Umgegend nunmehr als zusammengebrochen gelten. Das Personals ist größtenteils wieder zur Arbeit erschienen, obwohl von einer geregelten Durchführung des Betriebes noch nicht gesprochen werden kann. Die Güterbahnhöfe sind zum Teil verstopft. Kohlennot erhöht die Schwierigkeiten, so daß bereits die Gefahr der Einstellung des Gaswerkbetriebes droht. Die Postdirektion teilt mit, daß die Annahme von Paket- und Wertsendungen vorläufig eingestellt ist.

Dresden, 25. Jan. (Eig. Drahtber.) Die Eisenbahner haben heute nachmittag beschlossen, die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen.

Generalstreikhetze im Ruhrrevier.

Essen, 25. Jan. In den letzten Tagen wurden in den Betrieben des Ruhrreviers eine große Menge von Flugblättern beschlagnahmt, in denen die Arbeiterschaft aufgefordert wird, zugunsten der im Lichtenberger Gefängnis untergebrachten Gefangenen in den Generalstreik zu treten.

Die Kruppsche Arbeiteraktie im Urteil des Betriebsrates.

Die Betriebleitung von Krupp in Essen hatte den Plan, besondere Aktien an bereits länger zum Werk gehörige Arbeiter auszugeben. Zu diesem Plan hat nun der Betriebsrat, der Arbeiter- und Angestelltenrat in nachfolgender Resolution Stellung genommen:

Ganz abgesehen davon, daß der Einfluß der Aktienbesitzer aus Arbeitnehmerkreisen auf den Gang des Unternehmens gleich Null ist, sehen wir in der Verwirklichung eine schwere Schädigung der gesamten Arbeitnehmerinteressen. Es kann keineswegs zu einer gesunden Entwicklung in der Wirtschaft führen, wenn aus den Reihen der Arbeitnehmer eine Anzahl Leute nun ebenfalls als Teilnehmer angesehen werden. Dadurch werden Interessengegensätze geschaffen, die zu schweren Schädigungen der Gesamtheit der Arbeitnehmer führen müssen, und das Solidaritätsgefühl, das wir für die arbeitenden Klassen für unumgänglich notwendig halten, würde einen harten Stoß erleiden und somit den Platz, den die Hand- und Kopfarbeiter auf Grund ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben innehaben müßten, noch mehr gefährden. Wir müssen daher gemäß unserem Pflichtgefühl und in Erwägung der schweren Schädigung, die durch die Beteiligung an diesem Unternehmen für die Arbeiterschaft entsteht, den von uns vertretenen Schichten der Arbeitnehmer von einer Beteiligung entschieden abraten.

Diese Entschließung hat sich auch die Mitgliederversammlung der Essener Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu eigen gemacht. Der wirkliche Grund der Ablehnung der Arbeiteraktien ist die Angst, die Besitzer von Arbeiteraktien könnten zu Gegnern der radikalen Sozialisierungspläne werden.

„Groß-Schwaben".

Berlin, 25. Jan. Die Zentralstelle für die Gliederung des Reiches hat in ihrer Vollsitzung vom 24. Januar zu der Frage der Angliederung Hohenzollerns an Württemberg Stellung genommen. Die Kommission beschloß, daß die Entwicklung der Frage Großschwaben, Vereinigung von Baden und Württemberg, zunächst abgewartet werden müsse, ehe über die Zukunft Hohenzollerns ein abschließendes Urteil gefällt werden könnte.

Bezüglich Waldeck-Pyrmonts wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Die Zentralstelle stimmt der Angliederung Pyrmonts an Preußen zu, sie hält aber auch das Weiterbestehen des Landes Waldeck, das ohnehin schon seit 45 Jahren eines selbständigen Lebens als Land entbehrt, nicht als im Sinne der Reichsverfassung liegend. Sie empfiehlt dem Reichsminister des Innern, alsbald unter Anhörung der Waldecker Bevölkerung Verhandlungen wegen der Vereinigung Waldecks mit Preußen herbeizuführen.

Deutsches Reich

Großreinemachen bei den Kommunisten.

w. **Berlin**, 25. Jan. Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei Deutschlands hat gestern den Ausschluß der Parteiführer Braß-Friedland, Maltzahn und der 28 Unterzeichner des Aufrufes der Opposition aus der Partei beschlossen.

Rote Feiertage.

Berlin, 23. Jan. Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung" hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag sogleich den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wonach der 1. Mai und der 9. November als gesetzlicher Feiertag des deutschen Volkes erklärt werden.

Aus der bayerischen Königspartei.

München, 25. Jan. Der bisherige Landesvorstand der bayerischen Königspartei, Mayr-Koy, gegen den ein Verfahren wegen Hochverrates schwebt, ist von seinem Posten, angeblich aus Gesundheitsrücksichten, zurückgetreten.

Die Erzbergermörder.

Berlin, 25. Jan. Das „Berliner Tagblatt" meldet: Wie der Untersuchungsrichter beim Oberlandesgericht Offenburg mitteilt, sind von den als Mörder Erzbergers in Betracht kommenden Personen, dem Kaufmann Heinrich Schulz und dem Studenten Heinrich Tillessen, dieser Tage neue Bilder aufgefunden worden, die vervielfältigt und dann allen Polizeibehörden zur Verfügung gestellt werden.

Die Bestrebungen der Städte nach finanzieller Unabhängigkeit.

Breslau, 25. Jan. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat zur Erstrebung der Wiederherstellung der finanziellen Unabhängigkeit der Städte sowohl dem Reichsfinanzminister wie dem Reichsrat und dem Reichstag gegenüber einen Ausschuß gebildet, der aus den Oberbürgermeistern von Berlin, Köln, Dresden, Darmstadt und Essen besteht. In Uebereinstimmung mit dem von dem Wohnungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates gefaßten Beschluß hält der Vorstand des Deutschen Städtetages die Erhöhung der Reichswohnungsbauabgabe auf 100 Prozent der Friedensmiete für unvermeidbar. Ferner wurde zum Beamtenrätegesetz und Arbeitsnachweisgesetz Stellung genommen und über die Vorarbeiten zur Gründung eines Haftpflichtversicherungs-Verbandes der Stadtgemeinden Mitteilung gemacht.

Die australische Industrie gegen den Staatssozialismus.

In Melbourne (Victoria) hat sich, wie die Times, Trades Supplement berichtet, ein Verband der australischen Industrie gebildet, dessen ausdrückliches Ziel ist:

1. den Staatssozialismus im Handelswettbewerb zu bekämpfen;
2. privates Kapital nutzbar zu machen und privaten Unternehmungen die Kontrolle und Betriebsleitung zu geben, die für den Bau von Eisenbahnen und anderen Anlagen erforderlich sind, um die Naturschätze Australiens zu erschließen, zu entwickeln und kaufmännisch zu verwerten;
3. durch Beseitigung des Staatskapitalismus fremdes Kapital und ehrgeizige Einwanderer anzuziehen.

Der Verband ist der Ansicht, daß es diese Politik Australien ermöglichen werde, Kapital ins Land zu bringen, während es jetzt Mühe hat, Kapital aufzunehmen; außerdem werde sie der Stagnation der Bevölkerung ein Ende machen. Nach Ansicht des Verbandes ist der Staatssozialismus und die Einmengung der Regierung in den freien Handel eine Ursache, daß das Land ins Hintertreffen gerät.

Die eigentlichen Gründe dieser Politik kommen im folgenden deutlicher zum Ausdruck:

„Das Recht der Regierung, als Händler, Ladenbesitzer oder Kaufmann aufzutreten, muß außer in Fällen, wo die Not des Landes es erheischt, bekämpft werden. Die Gefahr, daß der Sozialismus ein rechtlich begründetes Monopol wird, das rechtlich begründete, konkurrierende Interessen verdrängt, ist sehr akut; es ist ein Stadium erreicht, wo es notwendig ist, daß sich die Interessen scharf gegenübertreten."

Anlaß zu diesem Zusammenschluß der Industrie ist, daß die Regierungen von New South Wales und Queensland ihre „sozialistischen Unternehmungen" erweitern, „obwohl alle mit wesentlichen Verlusten arbeiten". In Queensland gibt es staatliche Fisch- und Fleischläden, sowie Läden für Molkereiprodukte, Sägewerke, Viehzüchtereien und Fleischfabriken, außerdem verschiedene von der Regierung kontrollierte Vereinigungen von Produzenten.

Der Staatssozialismus, so heißt es weiter, „ermutigt die Arbeiter, unwirtschaftliche Löhne und Arbeitsbedingungen zu fordern. Viele Leute sind jetzt arbeitslos, weil sie keine Lohnkürzungen annehmen wollen, die notwendig sind, wenn die Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben will. Ein scharfer Kampf zwischen australischen Arbeitgebern und ihren Arbeitern scheint begonnen zu haben und wird vermutlich einige Zeit dauern."

Auswärtige Staaten

Oesterreich ohne Kredit.

t. **Wien**, 25. Jan. Wie mitgeteilt wird, sind alle Kreditverhandlungen Oesterreichs gescheitert. Dr. Rosenberg hat seine Absicht, Gobelins zu verkaufen, aufgegeben. Lediglich mit der Tschecho-Slowakei bestehen noch Verhandlungen bezüglich Gewährung eines Kredits von etwa 500 Millionen.

Tirol protestiert gegen den österreichisch-tschechischen Vertrag.

w. **Innsbruck**, 24. Jan. In der heutigen Sitzung des Tiroler Landtages brachten die großdeutschen Abgeordneten Dr. Schweinitzhaupt und Genossen einen Dringlichkeitsantrag ein betreffend Einspruch des Tiroler Landtages gegen den Abschluß des österreichisch-tschechischen Vertrages. Nach kurzer Debatte wurde der Dringlichkeitsantrag mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen.

Das österreichisch-tschechische Abkommen.

w. **Wien**, 25. Jan. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten nahm das politische Abkommen von Lana mit Mehrheit an.

Englische Abrüstung?

London, 25. Jan. Auf Grund der in Washington getroffenen Vereinbarungen über die Einschränkung der Seerüstungen haben die Arsenale (Marinewerkstätten) von Rosyth Weisungen erhalten, die nach dem letzten Marinebauprogramm vorgesehenen Arbeiten allmählich einzuschränken. Jede Woche sollen 200 Arbeiter entlassen werden, so daß nach 3 bis 4 Monaten nur noch 2600 Arbeiter in den Arsenalen verbleiben. Dies ermöglicht eine jährliche Ersparnis von 100 000 Pfund Sterling.

Kurse in Rußland.

b. **Moskau**, 25. Jan. Unter dem Einfluß der seit Cannes eingetretenen politischen Lage, ist nach den letzten Notierungen der Sowjet-russischen Staatsbank der Kurs für die Reichsmark auf 1200 Rubel erhöht worden. Für das englische Pfund werden 350 000, für den Dollar 200 000 Rubel gezahlt. Im freien Verkehr hat sich eine schwunghafte Steigerung des Kurses der Reichsmark durchgesetzt, die bis zu 3000 Rubel für die Reichsmark geht. Diese Steigerung geht auf die Nachrichten zurück, daß die Hindernisse, die die Entente der deutschen wirtschaftlichen Betätigung bisher in den Weg legte, im Schwinden begriffen ist.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

t. **Washington**, 25. Jan. Gestern fand im Weißen Haus eine amtliche Besprechung statt über die Geltendmachung der amerikanischen Schadensersatzansprüche an Deutschland, einschließlich der Lusitania-Schäden. Auf Grund des Friedensvertrages von Versailles müßten die Vereinigten Staaten die Verhandlungen von einem gemischten deutsch-amerikanischen Schiedsgerichtshof zur Erörterung bringen; man entschloß sich jedoch auf der Konferenz, mit Deutschland über einen besonderen Schiedsgerichtsvertrag zu verhandeln, durch den ein Spruchhof zu schaffen wäre, der über den Umfang der sehr beträchtlichen Ansprüche zu entscheiden hätte. Staatssekretär Hughes wurde beauftragt, in diesem Sinne in Berlin diplomatische Schritte zu unternehmen. Die Behandlung des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten wurde gleichfalls erörtert und es wurde festgestellt, daß die Friedensschließung der amerikanischen Regierung das Recht gebe, mit diesem Eigentum zu verfahren, wie es dem Kabinett politisch zweckmäßig erscheine.

Badisches Landestheater

Verpflichtungsgastspiele.

„Die Zauberflöte". Um das Fach des ersten Bassisten bewirbt sich Hermann Wucherpfennig vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg. Sein Sarastro zeigte, daß er — wenigstens heute noch — kein vollwertiger Ersatz für Karl Giesen ist. Wucherpfennig hat eine Stimme von mittleren Stärkegraden, die gut anspricht, auch geschickt behandelt wird. Tiefe und Mittellage klingen voll und rund, dagegen scheint die Höhe dem Sänger einige Schwierigkeiten zu bereiten; sie gab sich manchmal unfrei, nicht schlackenlos. Leider fehlt Wucherpfennigs Baß der klangliche Reiz, der warme, blühende Timbre, wie ihn z. B. des jüngsten Gastes Kipnis (Wiesbaden) Stimme auszeichnete. Auch wünschte man sich mehr Ausdrucksfälle und durchdringende Kraft des Organs gerade bei dem Vertreter des seriösen Baßfaches.

Trotz dieser nicht unerheblichen Mängel sollte man eine Verpflichtung Hermann Wucherpfennigs in Erwägung ziehen. Denn zum ersten wird die Auswahl an freien Bassisten nicht groß sein; dann hat man es bei dem Charlottenburger Gast immerhin mit einem über dem Durchschnitt stehenden Sänger zu tun, der anscheinend noch jung, also entwicklungsfähig ist, der eine gute Bühnenerscheinung besitzt und in seinem ganzen Auftreten den gewandten, klugen und auch gestaltungsfähigen Künstler erkennen ließ. Der Vortrag bewies, von einigen Verschleppungen in der zweiten Arie abgesehen, Geschmack, und auch die Aussprache befriedigte. Im Spiel betonte Wucherpfennig überzeugend das Hoheitsvolle, Gütige Sarastros. Näheres über seine schauspielerische Befähigung wird nach dem zweiten Gastspiel als Kaspar zu sagen sein, da ja diese Rolle mehr als der in einfachen Linien sich bewegende priesterliche Herrscher Gelegenheit zu charakteristischer Darstellung bietet.

Als freudig begrüßter Gast spielte Jan van Gorkom den Papageno in übermütiger Laune, und er entzückte die Hörer wieder durch die Pracht seiner feinkultivierten Stimme.

H. Wck.

Kabale und Liebe.

Im Schauspiel stellte sich in der Volksbühnevorstellung von „Kabale und Liebe" für das Fach des mit Schluß des Spieljahrs ausscheidenden Fräulein Creutznach Ilse Cabanis vom Stadttheater in Crefeld als Luise Millerin vor. Die Figur liegt fest und bedarf an sich keiner besonderen Ausprägung mehr. Daher war zu prüfen, ob die Künstlerin aus eigener Individualität das persönlich künstlerische Etwas zu geben hat, das zur Vollkünstlerin, welche allein hier als Ersatz in Frage kommt, macht. Eine große schlanke Figur, eine Sprache, die zufälligerweise in Färbung und Tönung an die von Adele Creutznach erinnert, eine gewisse und vornehm wirkende Gelassenheit ist Fräulein Cabanis — wir erinnern uns übrigens dieses Namens als eines früher viel gelesenen Unterhaltungsromanautors — eigen. Ueber das Normalmaß schien, an dieser einzigen Rolle gemessen, die Leistung der Dame nun nicht hinauszugehen. Nur die Geistigkeit, die sich in dem eigentümlichen, echt jungschillerisch beladenen Dialog mit der Lady Milford stark auswirkte, kam zu überdurchschnittlich guter Wiedergabe. Ob, wie anscheinend bei der Verpflichtung der Frl. Clement mit vollem Recht geschehen, die Uebernahme der Künstlerin auf Grund von einer einzigen Probe gewagt werden kann, erscheint wohl recht problematisch.

—o.

*

Bad. Landestheater. Zu der Uraufführung der Oper „Liebesmacht" von Alfred Lorentz am Sonntag, den 29., wird uns vom Bureau des Landestheaters geschrieben: Der bekannte Schriftsteller und Verfasser des Buches von d'Alberts „Tiefland", Dr. Rudolf Lothar in Berlin, hat auch zu diesem neuesten Werk unseres einheimischen Komponisten die Textdichtung verfaßt. Er benutzte zu diesem Zweck die Novelle „Nantas" von Emil Zola, aus der er ein Motiv entnahm, das sofort das Interesse des Komponisten erweckte. Entspricht doch dieses Buch in seinem dramatischen Aufbau und der fließenden Handlung den Anforderungen, die ein moderner Tondichter an ein Werk stellen muß, um seine musikalischen Intensionen zu verwirklichen. — Ein besonderer Vorzug der Dichtung besteht in der straffen Fassung und der spannenden Situation, die den Hauptdarstellern äußerst dankbare musikalische und darstellerische Aufgaben bieten. — Der Dichter wird der Uraufführung des Werkes in Karlsruhe beiwohnen.

Die erste Wiederholung von „Anna Boleyn" findet am Samstag, den 28. Januar, statt. Dazu werden aufgerufen die Nr. 1—300, 1101—1200 der Theatergemeinde B.V.B. In der zweiten musikalischen Abendfeier am Montag, den 30., ist die Theatergemeinde B.V.B. mit den Nummern 1651—2000 und 3101—3250 beteiligt. Auslosung der Karten am Freitag, den 27., und Samstag, den 28., in der Geschäftsstelle, 10 bis 12½, 4—6 Uhr.

In der zweiten musikalischen Abendfeier tritt die Konzertsängerin Fräulein Elise Meyer aus Berlin zum erstenmale vor das hiesige Publikum. Der Leiter des Abends, Professor Heinrich Kaspar Schmid, hat ein interessantes Programm zusammengestellt. Er bringt zunächst Mozarts Quintett in Es-Dur für Klavier, Oboe, Klarinette, Fagott und Horn unter der Mitwirkung der Herren Paul Kämpfe, Alois Spranger, Oskar Wenk und Gustav Gierschner zur Wiedergabe. Es folgen eine Kantate von Mozart und drei Lieder von Brahms für Alt, von der Gastin gesungen. Das Trio in B-Dur (op. 99) von Schubert für Klavier, Violine und Violoncello bildet unter Assistenz der Herren Dr. Karl Brückner, Lehrer am Konservatorium, und Paul Trautvetter den Schluß des inhaltsreichen Programms. Den Klavierpart sämtlicher Nummern hat der Pianist, Herr Georg Mantel, Lehrer am Konservatorium, übernommen.

Mitteilung des Bad. Landestheaters. Infolge Erkrankung von Marie von Ernst und Franz Schwerdt findet heute statt „Violetta" (La Traviata) eine Wiederholung von Humperdincks „Hänsel und Gretel" statt. Hierauf folgen die auf dem Theaterzettel bereits bekanntgegebenen Ungarischen Tänze von Brahms.

Kunst und Wissenschaft

Berufung. Wie wir erfahren, ist zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls der allgemeinen Verfassungsgeschichte an der Universität Berlin (an Stelle des Geh. Reg.-Rats O. Hintze) ein Ruf an den ord. Professor an der Rostoker Universität Dr. Willy Andreas ergangen. Der besonders auf den Gebieten der Geschichte und Kultur der Renaissance sowie der Deutschen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte tätige Gelehrte ist 1884 zu Karlsruhe i. B. geboren. Er promovierte 1907 in Heidelberg als Schüler von Erich Marcks mit einer Arbeit über die „venezianischen Relationen und ihr Verhältnis zur Kultur der Renaissance". Nach dem Staatsexamen war Andreas kurze Zeit als Lehramtspraktikant am Gymnasium in Konstanz tätig, seit 1. Januar 1909 bei der Badischen Historischen Kommission beschäftigt, habilitierte sich 1912 in Marburg für neuere Geschichte auf Grund der Schrift „Die Entstehung der badischen Verfassung". Zwei Jahre später wurde Andreas als a. o. Professor an die Technische Hochschule in Karlsruhe berufen, siedelte Ostern 1916 als etatm. a. o. Professor für mittelalterliche und neuere Geschichte an die Universität Rostock als Nachfolger A. O. Meyers über und wurde hier 1919 zum Ordinarius befördert. Eine Berufung auf das Ordinariat der Geschichte in Karlsruhe als Nachfolger Arthur Böhtlingks hat er abgelehnt. (Die Leser des „Karlsruher Tagblatts" kennen den landsmännischen Gelehrten aus mehreren ausgezeichneten historisch-kritischen Beiträgen, die Andreas für die „Pyramide" geschrieben hat. Wir erinnern nur an die großzügige, scharfgeistige und umfassende Auseinandersetzung dieses Historikers mit den Lebenserinnerungen und Denkwürdigkeiten des Freiherrn v. Eckardstein. Die Redaktion.)

Personalien. Aus Leipzig wird gemeldet: Prof. Dr. Robert Wenger, Ordinarius der Geophysik an der Universität Leipzig, Direktor des geophysischen Instituts und der Erdbebenwarte, ist an den Folgen einer Influenza gestorben. Er war am 1. Februar 1886 zu Steinbach bei Saargemünd geboren.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Aussprache über die Ministerreden

Badischer Landtag.

t. Karlsruhe, 25. Januar.

Präsident Wittemann eröffnete um ½10 Uhr die Sitzung.

Der Redner der Deutschnationalen.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.N.): Es ist nützlich und lehrreich, die beiden gestrigen Reden zu vergleichen mit den Reden, die vor fast drei Jahren von derselben Stelle aus gehalten wurden. Damals waren es Fanfaren, heute geht es bei gedämpftem Trommelklang. Es sind optimistische Gedanken eingeflochten worden. Den Optimismus der Regierung halten wir nicht für begründet. Die Verhältnisse in Baden sind allerdings erträglicher als in manchen anderen deutschen Ländern. Es fehlt zwar auch in Baden nicht an Brandherden, doch sie sind verhältnismäßig klein. Durch die Weimarer Verfassung ist die Bedeutung der Einzelstaaten verringert. Wir dürfen aber keine Kirchturmspolitik treiben.

Der Zustand unseres Vaterlandes erfordert unseres Erachtens die Herstellung einer nationalen Einheitsfront im Reich und in den Ländern. In dieser Einheitsfront müßten sich alle Parteien, denen an der Erhaltung oder Wiederaufrichtung des Staats im Vollsinn dieses Begriffs gelegen ist, zusammenfinden, und keine Partei, die dies will, dürfte ausgeschlossen werden, auch keine aus parteipolitischen Interessen sich ausschließen. Wir würden auch die Sozialdemokratie nicht ausschließen, vorbehaltlich, daß sie die marxistische Theorie mit der Alleinherrschaft der sogenannten Besitzlosen nicht durchsetzen will.

Diese Einheitsfront müßte zusammengehalten werden durch den Entschluß,

die Politik der Erfüllung,

die bisher befolgt wurde, schlechthin aufzugeben aus dem inneren Grund, weil Unerfüllbares nicht erfüllt und eine dahingehende Zusage nicht gegeben werden kann, jeder Versuch aber in dieser Richtung nicht nur als unzulänglich, von vornherein verurteilt, sondern auch verwerflich ist, weil er eine Demütigung darstellt, die im Widerspruch steht mit dem berechtigten Selbstbewußtsein eines Volkes und nur die fortschreitende politische und wirtschaftliche Entkräftigung bewirkt.

Diese

nationale Einheitsfront

müßte zweitens zusammengehalten werden durch den Entschluß, das Geständnis von der deutschen Schuld, das wir unterschrieben haben, als erzwungen oder erschlichen grundlos schlechthin aufzugeben, und in keiner erweichten oder eingeschränkten Form stehen zu lassen, es sei denn, daß unsere Gegner dem Wort von der Kriegsschuld einen Sinn geben, der sich mit dem Recht, der Macht und den Lebensbedingungen Deutschlands verträgt und auch die Gegner unter die Schuld beugt.

Wir Deutschnationalen haben im Reich und in den Ländern diese Einheitsfront stets gefordert. Wir beklagen auch wieder aufs Tiefste, daß diese Einheitsfront nicht erreicht ist; ja man muß sagen, daß ihre Herstellung aufgehalten, geradezu gesagt, verhindert wird.

Wir Deutschnationalen waren und sind mit der Verfassung des Reiches und unseres Landes in verschiedenen wichtigen Punkten nicht einverstanden und haben das auch so lange de lege ferenda auch deutlich zum Ausdruck gebracht. Wir haben auch heute noch gegenüber der Verfassung von anderen Parteien in ihrer Weise unsere besonderen Wünsche, die wir für zweckmäßig erachten. Nachdem nun aber einmal die Verfassung durch den Willen der Mehrheit des Volkes oder deren Vertreter da ist, haben wir uns bewußt

in den Rahmen dieser Verfassung gestellt,

um nach den Möglichkeiten dieser Verfassung an der Wohlfahrt des Volkes mitzuarbeiten, denn ihm gehört unser Herzblut.

Trotzdem hat man uns so hingestellt, als wollten wir mit Gewalt das Volk in innere Unruhen stürzen und hat daraus den Vorwand genommen, uns im Reich und im Land von der Regierung auszuschließen.

Dagegen hat man auf der anderen Seite parteipolitische Sonderforderungen ohne Abstrich bis zur Stunde aufrecht erhalten, von denen wir finden, daß sie nur Zankäpfel sind, das deutsche Volk zu entzweien und diese Teile gegeneinander zu erbittern, von denen wir aber auch urteilen und dieses Urteil durch die Beobachtung bestätigt finden, daß diese den Wiederaufbau nur hindern. Wir nennen: Die Voranstellung der internationalen Gesinnung vor der nationalen, die Ausschaltung des Religionsunterrichts, das heißt in unserem Falle des Christentums, aus der öffentlichen Erziehung und des Unterrichts, die Sozialisierung des Privatvermögens neuerdings durch die Erfassung der Goldwerte oder der Sachwerte oder wie man es sonst nennt, die Politisierung der Beamtenschaft, selbst des Richterstandes und anderes mehr. Das alles bedeutet einen schroffen Bruch mit einer geradlinigen und gesunden Entwicklung, den wir nur als verzweifelt und gefährlich bezeichnen können.

Der Umstand, daß in der Regierungs-Koalition auch bürgerliche Parteien sich befinden, vermag uns nicht zu beruhigen. Durch den radikalen Gegensatz der Weltanschauungen, der innerhalb der Koalition besteht, erscheint uns diese nur als zufällig. Wir finden ferner nicht, daß die bürgerlichen Parteien bei der verbündeten Sozialdemokratie eine ernstliche Nachprüfung ihrer Sonderforderungen erreicht haben, oder doch wenigstens ihre Zurückstellung bis auf Zeiten, in denen wir uns wieder über Sonderprogramme auseinandersetzen können. Wir vermissen die entschiedene Forderung, daß in die Regierung sämtliche bürgerlichen Parteien aufgenommen werden, eine Unterlassung, die allerdings dadurch erleichtert ist, daß wir uns nicht an die Regierung herangedrängt haben oder heran drängen, sondern der Meinung sind, daß unter Umständen in der

Opposition zu beharren

wichtiger und für die Wohlfahrt nützlicher ist, als in den Regierungssesseln zu sitzen.

Diese Oppositionsstellung, die uns nach unserer ganzen Art und nach unserem Programm eigentlich nicht liegt, in die man uns aber gezwungen hat, hindert uns aber nicht, auch fernerhin mit Rat und Tat im Rahmen der Verfassung alles das zu tun und bei allem dem mitzuwirken, was uns für die Wohlfahrt des Volkes angezeigt und ersprießlich erscheint.

Zur Rede des Finanzministers übergehend, bemerkte der Redner: Wenn wir eine kritische

Stellung gegenüber dem Staatshaushalt

zu üben haben, so erkennen wir uneingeschränkt die Pflichttreue der Beamten an. Dankenswert war die Mitteilung über den Stand des Hagenschieß.

Die Kritik an der Steuer- und Finanzpolitik Erzbergers nimmt immer mehr zu. Man muß allen Sozialisierungsgedanken von Grund aus absagen. Wir halten gegenüber den Ausführungen des Dr. Schofer die Personalunion zwischen Finanzministerium und Finanzamt für unangängig. Die Tore gegen die Einwanderung aus dem Osten werden nicht geschlossen, während man für die Wolgadeutschen keine Unterstützungsmöglichkeit hat.

Hinsichtlich der Außenpolitik muß festgestellt werden, daß heute meist hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Es mag vielleicht für uns Badener nicht so ganz einfach sein, in das „Aschantiland" Bayern (Heiterkeit) zu reisen; wir glauben aber, daß die Reise des badischen Staatspräsidenten das gegenseitige Verständnis gefördert hat. Der Redner trat dann für die Schaffung einer besonderen landwirtschaftlichen Abteilung ein. Das deutsche Volk hat die Schuld auf sich geladen, daß es nicht mannhaft genug gegen die Lüge von Versailles aufgetreten ist. Wenn sich das deutsche Volk einig auf den Standpunkt stellte: „Lieber tot als Sklave", dann würde das der richtige Herzschlag für unsere innere und äußere Politik sein.

Der Sprecher der Sozialdemokratie.

Abg. Strobel (Soz.) ging zuerst auf die Finanzfragen ein und sprach den Finanzbeamten und Steuerausschüssen in Baden Worte der Anerkennung aus. Er befürwortete eine größere Heranziehung der sozialdemokratischen Arbeiter zu den Steuerausschüssen. Es muß im ganzen Lande gleichmäßig veranlagt werden. Den Steuerausschußmitgliedern muß der entgangene Lohn vergütet werden. Dann beleuchtete der Redner die Finanznot der Gemeinden; besonders groß ist sie in Mannheim. Das finanzielle Verhältnis des Reichs zu den Gemeinden muß ein anderes werden. Die Steuermoral ist gesunken. Bei den Schwarzbrennern ist von einem Mitgefühl gegenüber den Nebenmenschen nichts zu spüren.

Die Erfassung der Sachwerte

ist kein Schlagwort, sondern nur eine Frage der Veranlagung; ein zweckmäßiger Uebergang scheint mir eine Goldzwangsanleihe zu sein, für die die Industrie und Landwirtschaft die Zinsen zu zahlen haben. Die Einkommensteuer ist unsozial. Die Einkommen unter 24 000 Mark sind schonlich zu behandeln.

Wir müssen dringend fordern, daß der Wassertransport in Baden nicht erdrosselt wird. Gefreut hat mich die Feststellung des Finanzministers: „Hände weg von den Staatseisenbahnen!" Herr Stinnes soll in London gewesen sein im Interesse des deutschen Volkes. Nachträglich konnte man aber erfahren, daß er nur eigene Interessen vertreten hat. Der Staat muß sich an den Gewinnen des Privateigentums beteiligen.

Wir fordern Verwirklichung der Einheitsschule; die höheren Schulen dürfen nicht ein Privilegium der besitzenden Klasse sein. Für die Volksschule müssen wir zeitgemäße Aenderung des Lesebuches und des Geschichtsunterrichts fordern. Wir würden einen gewissen

Schulfrieden in Baden

behalten; wir lassen an der Simultanschule nicht rütteln. Wir sind Gegner jeder Dotation der Kirchen; als eine Staatsaufgabe können wir dies nicht ansehen. (Zuruf: Eine Rechtsfrage!) Mit der Auffassung weiter Kreise des badischen Volkes ist es nicht vereinbar, wenn die Prozesse gegen Waffenschiebung usw. niedergeschlagen werden.

Wir verlangen, daß der Prozeß gegen die Erzbergermörder und Geheimbündler in Baden verhandelt wird.

Wir halten es zunächst für notwendig, keine Veränderung in der Organisation des Ministeriums vorzunehmen, weder Zusammenlegung einzelner Ministerien, noch Abtrennung einer landwirtschaftlichen Abteilung vom Ministerium des Innern. Jeder Beamte, der uns geeignet erscheint, wichtige Posten einzunehmen, muß auf diese Posten gebracht werden.

Der Landbund hat lediglich die egoistischen Interessen seiner Mitglieder gefördert, hat aber nicht für Verbilligung der Lebensmittel gesorgt. Die deutsche Landwirtschaft hat nicht voll ihre Pflicht getan. Man verlangt Anpassung der Produktionspreise an die Weltmarktpreise, man sprach aber nicht von Weltmarktslöhnen. Die Beamtenbesoldungspolitik des Reiches können wir nicht mehr mitmachen.

Der soziale Ausgleich für die unteren Gruppen muß geschaffen werden. Der Redner trat für die Zusammenfassung der sozialen Versicherungen, Erhaltung des Achtstundentages, Mieterschutz und Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes ein und wandte sich dem verflossenen Wahlkampf zu. Die Reichseinheit kann nur in einem republikanisch-demokratischen Deutschland erhalten werden. Der Staatsgedanke muß gepflegt werden.

Der Vertreter des Landbundes.

Abg. Klaiber (Landbund): Der Landbund ist eine Bauernorganisation, die im Jahre 1919 erstand, wo man die Landwirte in die Zwangsjacke hineinsteckte. Diejenigen politischen Parteien, die die Regierung bildeten, standen wie diese auf dem Boden der Zwangswirtschaft. Beim Reichstagswahlkampf wurde den Landwirten die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft versprochen, das Versprechen wurde aber nicht gehalten.

Als sich der Redner zum Zentrum wendet, erfolgt von dieser Seite ein auf der Tribüne nicht verständlicher Zwischenruf. Abg. Klaiber bemerkte dazu: Nehmen Sie den Mund nicht so voll, sonst bekommen Sie eins darauf! —

Präsident Wittemann rügt diese Bemerkung.

Abg. Klaiber: Ich werde die Rüge einstecken.

Präsident Wittemann rügt daraufhin diese Bemerkung.

Als Abg. Klaiber sich über diese Behandlung beschwert, erklärt der Präsident, daß dem Abgeordneten kein Recht der Kritik an den Handlungen des Präsidenten zustehe.

Abg. Klaiber: Wir werden behandelt, wie wir es erwartet haben.

Präsident Wittemann droht an, parlamentarische Mittel zu ergreifen.

Auf eine weitere Bemerkung des Abg. Klaiber bemerkt Präsident Wittemann, man befände sich hier in einem Parlament und müsse anständiges Benehmen verlangen.

Klaiber fährt fort: Infolge der geringen Preise für landwirtschaftliche Produkte (Widerspruch) unter der Zwangswirtschaft war der Landwirt nicht lebensfähig und mußte fast verhungern. Die Regierung und das Parlament, das sich wieder zur Zwangswirtschaft herbeiließe, würde die ganze Bevölkerung gegen sich aufrufen. Die Wiederbelebung der Zwangswirtschaft würde den Untergang des Volkes bedeuten. Die Zwangswirtschaft hat die Moral des ganzen Volkes untergraben. Es besteht aber noch die Gefahr der Zwangswirtschaft. Herr Minister Remmele hat in einer Abhandlung durchblicken lassen, daß er die freie Wirtschaft bedauere. Dann besprach der Redner die Frage der Steigerung der Produktion und wendet sich gegen den Gedanken der „Erfassung der Goldwerte." Der Landbund verfolgt keine Politik. Wir stehen auf dem Boden der Republik und würden die Republik jederzeit verteidigen. Die Freude aber an Arbeit soll nicht durch zu hohe Besteuerung genommen werden. Wir verwahren uns gegen die Zentrumsbehauptungen, wir wären ein Anghängsel der Deutschnationalen. Wir sind jederzeit bereit, mit den Arbeitern von A bis Z mitzuregieren. Wir können aber nicht mitregieren bei einer Diktatur des Proletariats, wie Abg. Strobel gesagt hat.

Im Anschluß an die gestrigen Ausführungen Dr. Schofers (Ztr.) bemerkte der Redner: Der Zentrumsgaul ist uralt und unserer ist ein Fohlen. (Heiterkeit.) Ich glaube (zu Abg. Schofer), es wäre sehr gut, wenn Sie sich in Ihrer eigenen Umgebung näher informieren und uns nicht Schwindelpolitik vorwerfen würden. (Abg. Dr. Schofer erregt auf den Tisch schlagend: Raus damit!)

Abg. Klaiber: Ich werde mich beherrschen.

Präsident Wittemann: Ich bitte Herrn Abg. Dr. Schofer, sich etwas zu mäßigen.

Abg. Klaiber: Wir kennen den Kampf, den Sie uns angesagt haben; wir werden ihn führen. (Abg. Dr. Schofer: Wir auch.) Gegenüber den Sozialdemokraten betont der Redner die Bedeutung der Landwirtschaft. Nur der Markt diktiert die Preise, nicht die Landwirtschaft ist die Ursache der Teuerung. Wir wollen trotz aller Meinungsverschiedenheiten einig sein in dem Gedanken, daß wir Deutsche sind.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Dr. Schofer wurde die Sitzung um 1.10 Uhr auf nachmittags ½4 Uhr vertagt.

Nachmittagssitzung.

Der Vertreter der Demokraten.

In der am Nachmittag fortgesetzten Aussprache gab zunächst Abg. Dr. Glockner einen geschichtlichen Ueberblick über die Parteien des Landtags und besonders der Demokratischen Partei. An dem Rückgang der Demokratischen Partei ist nicht die Politik der drei letzten Jahre schuld. Die Zersplitterung in die Parteien und Gruppen ist zu bedauern. Der Grund für den Rückgang unserer Partei liegt hauptsächlich in der verringerten Wahlbeteiligung. Die Koalitionspolitik kann sich wohl sehen lassen. Demokraten und Deutsche Volkspartei stehen in wesentlichen Fragen auf dem gleichen programmatischen Boden. Die deutsche Einheit haben wir zu bewahren verstanden und können sie nur dann als gesichert betrachten, wenn wir verhindern, daß das Volk in Klassen zerfällt, die sich nicht mehr verstehen. Wir können die Angriffe der deutschen Volkspartei um so eher zurückweisen, als sie bereit ist zum Eintritt in die Regierung. Wir können nur wünschen, daß

die große Koalition

zustande kommt. Wir haben bei der Neubildung der Regierung geglaubt, unsere Mitarbeit nicht versagen zu sollen. Nach wie vor befinden wir uns in unserer Auffassung vom Verhältnis der Kirche zum Staat im Gegensatz zu den beiden anderen Koalitionsparteien. Wir können die Interessen der Religionsgesellschaften nicht als ausschlaggebend für den Staat anerkennen. Eine Umformung der Privatwirtschaft in die Staatswirtschaft, wie sie die Sozialdemokratie verlangt, lehnen wir ab, ebenso den Klassenkampf.

Nur auf der Grundlage der nationalen, sozialen und demokratischen Republik ist ein Aufbau möglich. Der deutschnationalen Partei gegenüber können wir nur eine Oppositionsstellung einnehmen. Noch schärfer ist unsere Stellung gegenüber den Unabhängigen und Kommunisten. Man braucht nur an das Wort Crispiens in Leipzig zu erinnern: „Wir haben kein Vaterland, das Deutschland heißt" (Sehr richtig! auf der äußersten Linken). Die Notwendigkeit des Landbundes kann ich auch heute noch nicht einsehen. Wir wollen die deutsche Einheit unter Berücksichtigung der Eigenart der einzelnen Stämme. Bezüglich des Verhältnisses von Staat und Kirche stehen wir auf einem anderen Standpunkt wie das Zentrum. Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der Simultanschule. Das neue Schulgesetz darf an den Grundlagen des jetzigen Verhältnisses nichts ändern. Zum Schlusse behandelte Dr. Glockner Finanzfragen. Auf dem Gebiete der Steuern fehlt es hauptsächlich an dem Vollzug der bestehenden Gesetze. Für uns gilt der Grundsatz: Das Vaterland über die Partei!

Der Kommunist.

Abg. Bock (Komm.): Die Rede des Staatspräsidenten war eine einzige Verbeugung vor der Person des Herrn Dr. Schofer. (Heiterkeit.) Der Unterrichtsminister ist ein regelrechter Zentrumskultusminister. (Heiterkeit.) Es ist eigenartig, daß vom Herrn Staatspräsidenten außerordentlich wenig von der Volksschule gesprochen wurde.

Wir sind aber Gegner der Kirchen, weil sie Kirchen der Reichen sind. (Widerspruch im Zentrum.) Die Justiz richtet sich praktisch gegen das Volk.

Präsident Wittemann rügt diesen Angriff auf die Rechtspflege.

Die Staatsorgane stehen immer noch mit einem Fuße auf monarchistischem Boden. Der Finanzminister habe die Lage außerordentlich optimistisch beurteilt. Wir können den Staat nicht anerkennen und die Regierung kann nicht eine Regierung unseres Vertrauens sein.

Schluß der Sitzung 7.15 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag vormitt. 9 Uhr. Fortsetzung der Aussprache.

*

Neue Eingänge im Landtag.

Dem Landtag sind zahlreiche neue Gesuche in der letzten Zeit zugegangen. Darunter befinden sich allein 14 Gesuche, die die Ortsklasseneinteilung zum Gegenstand haben, ferner mehrere Gesuche zur Gehaltsordnung. Weit über ein Dutzend Gesuche sind persönlicher Natur.

Die Wahlen zum Finanzgericht Karlsruhe.

Vom Badischen Landtag sind folgende 40 Abgeordnete als ehrenamtliche Mitglieder des Finanzgerichts in Karlsruhe gewählt worden: Dr. Aengenheister, Heinrich, Generaldirektor, Freiburg; Argast, Emil, Etuimacher, Pforzheim; Au von, Adam, Oberlehrer und Abgeordneter, Mannheim; Baur Dr., Hugo, Rechtsanwalt, Konstanz; Bock, Max, Arbeitersekretär und Abgeordneter, Lörrach; Börsig, Josef, Holzhändler, Achern; Fischer, Rudolf, Fabrikant und Abgeordneter, Freiburg; Frech, Friedrich, Gutsbesitzer, Peterstal; Fürst, Landwirt, Höpfingen; Fuchs, Hermann, Kaufmann, Mannheim; Görlacher, Josef, Schlossermeister und Abgeordneter, Villingen; Hagin, Ernst, Landwirt und Abgeordneter, Egringen, A. Lörrach; Herbstritt, Theodor, Fabrikant, Pforzheim; Hertle, Georg, Landwirt, Bürgermeister und Abgeordneter, Sachsenflur, A. Boxberg; Hildebrand, Alfred, Landwirt, Stebbach; Hofmann, Karl, Malermeister, Bruchsal; Kammerer, Albert, Landwirt und Kaufmann, Graben; Kramer, Landwirt, Bachheim; Kullmann Dr., Leo, Rechtsanwalt und Abgeordneter, Karlsruhe; Kurz, Heinrich, Landwirt u. Abgeordneter, Grötzingen, A. Durlach; Lang, F., Glasermeister, Karlsruhe; Maier, Emil, Stadtrat und Abgeordneter, Heidelberg; Martin, Josef, Landwirt und Abgeordneter, Bietingen; Marx Dr., Hugo, Staatsanwalt, Mannheim; Munding, Ernst, Kohlenhändler, Konstanz; Neuhaus, Julius, Fabrikant, Heidelberg; Philipp, August, Stadtrat, Karlsruhe; Prull, Hans, Regierungsrat, Karlsruhe; Schondelmaier, Joh., Sägewerksbesitzer, Hornberg; Schwarz, Wilh., Arbeitersekretär, Mosbach; Stahmer, R., Kommerzienrat, Karlsruhe; Steiger, Alphons, Handelsaufsichtsbeamter, Offenburg; Stein Dr., Nathan, Bankier, Karlsruhe; Stockert, Franz, Landessekretär, Karlsruhe; Strohm, Gust., Oberfinanzrat, Karlsruhe; Töpper, Fritz, Kaufman, Karlsruhe; Unger Frida, Stadtverordnete und Abgeordnete, Lahr; Vogelbach, Friedrich, Fabrikant, Lörrach; Willer, Adolf, ja., Kaufmann und Abgeordneter, Karlsruhe; Zehnter Dr., Johann, Oberlandesgerichts-Präsident und Abgeordneter, Karlsruhe.

Verschiedene Drahtmeldungen

Landwirtschaftliche Woche in München.

t. **München**, 25. Jan. In Anwesenheit des Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und des Landwirtschaftsministers Wutzlhofer begann in München die vom Klub bayerischer Landwirte und anderer Organisationen veranstaltete Landwirtschaftliche Woche, in deren erster Sitzung der Münchener Hochschulprofessor Dr. Dorn über den russischen Agrarbolschewismus sprach, der 15 Millionen Menschen dem Hunger preisgegeben habe. Das Heil und die Möglichkeit einer besseren Zukunft Deutschlands liege nur in der Vermehrung der Erfolge auf dem einheimischen Boden auf gesunder privatwirtschaftlichen Grundlage. Denn alle Sozialisierungsversuche auf landwirtschaftlichem Gebiete seien fehlgeschlagen.

Aegyptens Freiheitskampf.

w. **Kairo**, 25. Jan. Hier wurde eine von acht Mitgliedern des nationalistischen Komitees unterzeichnetes Manifest veröffentlicht, in dem die Aegypter aufgefordert werden, gegen die Engländer die von den radikalen Nationalisten Indiens befolgte Boykottmethode anzuwenden. Die Verhaftung der acht Unterzeichner wurde verfügt. Alle Zeitungen, die das Manifest veröffentlicht haben, wurden verboten.

Brand des Hoftheaters in Dessau.

Dessau, 25. Jan., 1 Uhr 40 nachm. Das Friedrichstheater, das frühere Hoftheater, steht seit einer Viertelstunde in Flammen. Der riesige Gebäudekomplex bildet ein einziges Flammenmeer. An Rettung ist nicht zu denken. Das Elektrizitätswerk der Stadt Dessau ist gefährdet.

Dessau, 25. Jan. Der Brand des Friedrichstheaters, das mit seinem außerordentlich reichen Inventar als verloren zu betrachten ist, kam offenbar infolge einer Explosion auf dem Schnürboden am Vormittag zum Ausbruch, als eine Probe zu Gyges und sein Ring stattfand. Menschen kamen nicht zu Schaden. Das Feuer hat die angrenzenden Kammersäle und ein großes Geschäftshaus ergriffen und bedroht weitere Gebäude.

Dessau, 25. Jan. (Eig. Drahtbericht). Außer der Kammersängerin Herking, die auf einer Treppe des zerstörten Theaters tot aufgefunden wurde, wird noch ein Friseur vermißt. Die Ursache des Brandes ist in einer Kesselexplosion zu suchen. Die Löscharbeiten sind durch die Kälte erschwert. Das Wasser gefriert in den Schläuchen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Gerichtssaal

Karlsruher Schwurgericht.

t. **Karlsruhe**, 25. Jan. In der fortgesetzten Verhandlung gegen die wegen

Fälschung von Ausfuhrscheinen

angeklagten Kaufleute Weber u. Gehry stellte zunächst der Vorsitzende Dr. Fromherz fest, daß zur Zeit der Begehung der zur Behandlung stehenden Straftaten im Jahre 1919 beide Angeklagte noch nicht bestraft waren. Inzwischen wurde Weber aber wegen Hehlerei zu 1 Jahr und 4 Monaten und Gehry wegen schwerer Urkundenfälschung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Vorhalten des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte Weber, daß er zwar stark belastet sei, aber die Frachtbriefe habe er nicht gefälscht.

Zeuge Liffers: Der Angeklagte Gehry sagte mir, daß er einen Einfuhrschein brauche. Ich verhandelte dann mit Weber, der mir versprach, einen solchen Schein zu beschaffen und zwar zu 25 000 M. — Angeklagter Gehry gibt an, daß der Zeuge Liffers ihm Einfuhrscheine angetragen habe. Auf weitere Fragen, die an den Zeugen Liffers gerichtet werden, erklärte sich dieser in unbestimmter Weise. — Die Mutter des Angeklagten Gehry gibt an, daß Weber einen Zettel aus dem Gefängnis geschmuggelt habe, der ihr übermittelt wurde und zwar des Inhalts, daß Gehry sich verrückt stellen solle, damit er aus dem Gefängnis komme. — Die Schwester des Angeklagten Weber verweigert das Zeugnis.

Die Schwester des Angeklagten Gehry sagt, daß die Schwester Webers ihr gesagt habe, daß sie jeden Tag von ihrem Bruder Briefe aus dem Gefängnis erhalte, die er herausschmuggle; sie sagte, mein Bruder solle es ebenso machen. Meine Mutter war damit nicht einverstanden. — Die Frau des Angeklagten Weber sagt aus, daß Weber eine Ausfuhr- und Einfuhrgesellschaft gründen wollte. Die Ausgaben, die Weber in einem Brief an sie mit 69 000 — bezifferte, bezeichnet die Zeugin als übertrieben. Weber versprach ihr einmal einen Schmuck, den sie aber nicht im Besitz habe.

Nachdem einige Zellengenossen, die mit den Angeklagten während der Untersuchungshaft zusammen waren, vernommen sind, tritt die Zeugin Reinhard vor, die u. a. erklärt: In Mannheim war ich in demselben Hause beschäftigt wie Gehry. Eines Tages kam Herr Weber und besprach sich mit Gehry. Von dieser Unterredung hörte ich, daß Weber zu Gehry sagte, er solle alles auf sich nehmen, wofür er ihm 50 000 Mk. versprach. Nachdem Gehry verhaftet worden war, beauftragte er mich, nach Karlsruhe zu Weber zu fahren, damit dieser sich seiner annehme. Weber gab mir 450 Mk., die ich Gehry übergab.

Der Angeklagte Weber stellt alles das in Abrede.

Hierauf formulierte der Vorsitzende die Fragen, die die Geschworenen zu beantworten haben.

Oberstaatsanwalt Dr. Rudmann beantragte nach eingehender Würdigung der begangenen Straftaten die Bejahung sämtlicher Schuldfragen und bittet, nur dem Angeklagten Gehry mildernde Umstände zuzubilligen, während sie dem Angeklagten Weber wegen seines hartnäckigen Leugnens bis zum Schlusse versagt werden müßten. Der Verteidiger des Angeklagten Weber, Rechtsanwalt Peter, plädiert in erster Linie auf Freisprechung, in zweiter Linie auf Zubilligung mildernder Umstände.

Rechtsanwalt Geier, Verteidiger des Angeklagten Gehry, bat die Geschworenen, sämtliche Schuldfragen bezüglich des Angeklagten zu verneinen.

In seinem Schlußwort beteuerte Weber nochmals seine Unschuld, indem er angab, daß er die Frachtbriefe nicht gefälscht habe.

In einstündiger Beratung kamen die Geschworenen zu dem Ergebnis, die gegen den Angeklagten Weber gestellten Schuldfragen zu bejahren, ihm mildernde Umstände zu versagen, die Schuld Gehrys aber zu verneinen. Nach dem Strafantrag des Oberstaatsanwaltes und kurzen Worten der Verteidiger fiel in später Stunde das Urteil, das den Angeklagten Weber unter Einrechnung eines am 11. Mai 1921 gegen ihn ergangenen Urteil von 1 Jahr und 4 Monaten Gefängnis wegen Hehlerei zu einer Gesamtzuchthausstrafe von 3 Jahren, abzüglich 2 Monaten der Untersuchungshaft, zu einer Geldstrafe von 20 000 Mk., im Falle der Unbeibringlichkeit zu weiteren 200 Tagen Zuchthaus, sowie Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 6 Jahren verurteilte. Gehry wurde freigesprochen.

*

Berichtigung.

Um Mißverständnissen im Schwurgerichtsbericht der Montag-Vormittagssitzung vorzubeugen, sei bemerkt, daß die Feststellung des Oberstaatsanwalts Dr. Rudmann dahin ging, daß der Angeklagte Weber in der Voruntersuchung zu seiner Verteidigung geltend gemacht habe, daß Gehry mit badischen Ministern auf Du und Du gestanden habe. In seinem Plädoyer bezeichnete Oberstaatsanwalt Dr. Rudmann diese Behauptung Webers als schamlose Lüge und gewissenlose Verdächtigung von in leitender Stelle im Staat befindlichen Männern, die er auf das schärfste zurückweise.

*

t. **Karlsruhe**, 25. Jan. Unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Traumann wurde heute vor dem Schwurgericht als letzter (11.) Fall der Schwurgerichtsperiode die Anklage wegen

Lohnabtreibung

gegen die Hebamme Katharina Elisabeth Nonnenmacher geb. Heugel aus Oetisheim, wohnhaft in Pforzheim, verhandelt. Vertreter der Anklage war Staatsanwalt Dr. Deitigsmann; Verteidiger Rechtsanwalt Grosholz-Pforzheim. Geladen waren sieben Zeugen; als Sachverständiger Medizinalrat Dr. Maier-Pforzheim.

Nach Bildung der Geschworenenbank wurde in die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vor sich ging, eingetreten.

Die Angeklagte Nonnenmacher, die seit 1897 in Pforzheim als Hebamme tätig ist, wird beschuldigt, daß sie im Februar 1921 in fortgesetzter Tat einer Frau von Karlsruhe die Mittel zur Abtreibung verschafft und angewendet habe und dafür 200 bis 300 Mk. erhielt.

Bei der Vernehmung machte die Angeklagte, im Gegensatz zu den Aussagen der sieben Zeugen, die sämtlich vernommen wurden, teilweise widersprechende Angaben. Nach dem Gutachten des Sachverständigen vertrat Staatsanwalt Dr. Deitigsmann die Anklage, während der Verteidiger Rechtsanwalt Grosholz auf Freisprechung plädierte.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Beihilfe zum Versuch der Abtreibung, und billigten mildernde Umstände zu, worauf der Gerichtshof auf eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten, abzüglich 2 Monaten und 4 Wochen Untersuchungshaft, erkannte. Außerdem wurde der Haftbefehl aufgehoben.

Am Schluß der Sitzung dankte der Vorsitzende den Geschworenen für ihre Pflichterfüllung während der Schwurgerichtsperiode, die wegen ihrer außerordentlich langen Dauer diesmal ein besonderes Maß von Aufmerksamkeit und Ausdauer erfordert habe und entließ sie in ihre Heimat. Den Geschworenen, die zur heutigen Verhandlung nicht ausgelost worden waren, hatte der Vorsitzende bereits nach Bildung der Geschworenenbank den Dank für ihre Tätigkeit ausgesprochen.

*

t. **Konstanz**, 24. Jan. (Drahtbericht.) Das Schwurgericht verhandelte heute gegen den 40jährigen Maurer Baltasar Münique von Schillingsfürst bei Radolfzell wegen Brandstiftung. Der Angeklagte war beschuldigt, am 4. Dezember 1921 in Hausen an der Aach die Scheune eines Landwirts angezündet zu haben, wodurch das Feuer auf ein angebautes Wohn- und Oekonomiegebäude übergriff und sie beide einäscherte. Der Angeklagte, der die Tat leugnet, ist 43mal bestraft; zuletzt 1916 mit 12 Jahren Zuchthaus wegen schweren Diebstahls von der Strafkammer Offenburg. 1921 wurde er auf Wohlverhalten entlassen. Münique wurde zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Außerdem hat er den noch nicht verbüßten Teil der früheren Strafen nachzuholen.

t. **Ravensburg**, 25. Jan. Ein Riesenabtreibungsprozeß wurde gestern vor der hiesigen Strafkammer verhandelt. Nicht weniger als 25 Personen saßen auf der Anklagebank wegen Verbrechen gegen das keimende Leben. Der weitaus größte Teil der Angeklagten bestand aus Mädchen verschiedenen Alters und Berufes. Zur Verteidigung waren acht Rechtsanwälte beigezogen. Der Haupttäter war der in Weingarten wohnhafte verheiratete 48 Jahre alte Maurermeister Josef Müller, der zu einer Zuchthausstrafe von 4 Jahren verurteilt wurde. Die übrigen Angeklagten erhielten 2 bis 15 Monate Gefängnis, bei fünf wurde auf Freisprechung erkannt.

Bunte Chronik.

Eine Falschmünzerbande verurteilt. Eine Bande, die an falschen Fünfzig-Markscheinen für etwa 8 Millionen Mark in Umlauf gebracht hatte, hatte sich gestern vor dem Schwurgericht zu Berlin zu verantworten. Der Steindruckereibesitzer Fuchs wurde zu 6 Jahren Zuchthaus, der Steindrucker Eichler zu 1 Jahr Zuchthaus, der Buchbinder Gaßler zu 3 Jahren und 6 Monaten Zuchthaus, der Photograph Jorozik zu 2 Jahren Zuchthaus, der Händler Goger zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und der Händler Bernzweig zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Von den übrigen 7 Angeklagten erhielten 5 Gefängnisstrafen, 2 wurden freigesprochen.

Ein großer Diebstahl in einer Kunstsammlung. In Hamburg drangen Einbrecher in eine Villa ein, die eine wertvolle Kunstsammlung barg. Sie stahlen Originale in Elfenbein, die einen Wert von ¾ Millionen Mark darstellen, antike Silberarbeiten, ein niederländisches Rauchservice und einen aus dem Jahre 1584 stammenden Silberbecher. Auch zwei Teppiche wurden von den Einbrechern mitgenommen.

Explosion in einer Pulverfabrik. In der Pulverfabrik in Oehringen ereignete sich eine Explosion, welche das Gebäude teilweise in Trümmer legte und die nächstliegenden Gebäude beschädigte. Während der Explosion befanden sich keine Arbeiter in der Fabrik, so daß Menschen nicht ums Leben gekommen sind.

Großfeuer in einer Regensburger Maschinenfabrik. Ein Dienstag abend auf der Werft der Maschinenfabrik Nepigau in Regensburg ausgebrochenes Großfeuer zerstörte den größten Teil der Werkstattanlagen und richtete bedeutenden Schaden an.

Die größte Schokoladenfabrik Europas. Das jetzt niedergebrannte Gebäude der Schokoladefabrik Sarotti in Berlin ist das größte Werk dieser Art auf dem europäischen Festlande. Ein im Jahre 1911/12 nach den Plänen von Professor Bruno Möhring errichteter Eisenbetonbau, eine der bemerkenswertesten Fabrikschöpfungen Groß-Berlins. Der hohe achteckige Schornstein und der graue Massivblock des Fabrikgebäudes ragen weit hinaus über das flache Feld. Tag und Nacht wurde an dieser „süßen" Stätte gearbeitet, oft nicht nur in zwei, sondern in drei Schichten, und es bot einen feenhaften Anblick, wenn die hunderte Fenster und die tausende kleiner Scheiben der Sarotti-Fabrik wie ein Märchenpalast durch das Dunkel der Nacht ihr Licht versprühten. 6000 Zentner Kakaobohnen sind durch den Brand vernichtet worden.

2340
telephonieren Sie an, wenn Sie
WANZEN
samt Brut rationell vertilgt haben wollen.
Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer
Anton Springer
Ettlingerstr. 51 b. Bahnh.

Einkaufsgenossenschaft der Beamten- u. Staatsarbeiter in Baden m. b. H.
Sitz Karlsruhe.
Unser Verkauf in Herrenanzügen, modernen gestreiften Hosen, Herren- u. Damen-Gummimänteln, Herren-, Damen- und Kinderstiefeln wird ab heute wieder eröffnet.
Verkaufszeit von 8—12 und 2—6 Uhr in unserem Lager Karlsruhe, Kriegstraße 7, alter Personenbahnhof.
Zugang von der ehemaligen Bahnsteigseite.

Pfannkuch & Co
Frisch eingetroffen:
Sprottbücklinge
und
Sprotten
Pfund zu 13.–
Pfannkuch & Co

Knorr
Suppenwürfel
vorzüglich, nahrhaft, bequem
Knorr Reis Suppe

Stefan Odenheimer
Ilse Odenheimer, geb. Stern
Vermählte.
Karlsruhe i. B. Kriegstraße 91 — Heilbronn a. N. Wilhelmstr. 53
Trauung: Sonntag, den 29. Januar 1922
Baden-Baden, Central-Hotel.

Automobile Motorräder!
Reparatur u. Umbau in neuzeitl. eingericht. mech. Werkstätte.
A. Fütterer
Elektr.-Ges. m.b.H.
Abt. Kraftfahrzeuge
Rheinstr. 94. Tel. 5631.

Damen- u. Herren-Frisier-Salons
Yorkstraße 19 A. Birk Ecke Goethestr.
Für die kommenden Kostümbälle empfehle den geehrten Damen und Herren meine elegant eingerichteten Salons für Kostüm- und Ballfrisuren, Verleihen von Perücken usw. Sämtliche in unser Fach einschlagenden Anforderungen werden aufs beste erledigt. Erstklassige Arbeitskräfte. Anfertigung sämtlicher Haarersatzteile, Haarfärben, Elektr. Kopf- und Gesichtsmassage. Spangenreparaturen innerhalb 2 Tagen. Parfümerien. Manicure

Baubund-Möbel
in bewährter Güte und reicher Auswahl zu angemessenen Preisen gegen Barzahlung oder auf Teilzahlung.
Eigene Verkaufsstellen:
Karlsruhe, Karlfriedrichstr. 22
Freiburg, Karlsplatz 35
Bruchsal, Gewerbehalle a. Markt
Pforzheim, Theaterstr. 15
Offenburg, Steinstr. 2
Mosbach, Hauptstr. 12
Singen a. H., Scheffelstr. 25
Konstanz, Roßgartenstr. 31.
Badischer Baubund G. m. b. H.
Gemeinnütziger Möbelvertrieb
Telephon 5157 Karlsruhe Am Rondellplatz

Fischhalle
hinter dem Vierordtbad, u. auf dem Wochenmarkt.
Heute frisch eingetroffen:
Kabliau
Schellfisch
Seelachs
Lengfisch
Sprottbücklinge
Sprotten
Marinaden
Margarine
Nordseefisch-Vertriebsges. m. b. H.
Telephon 4707.

Gift-Weizen
best. Mäuse-Vertilgungsmittel. In Packungen von 100 g Mk. 8.50, 1 Kilo Mk. 22.– liefert
U. B. A. Friedr. Springer
Karlsruhe i. B., Markgrafenstraße 52
Telephon 3263.

Heiraten!
arrangiert streng reell Frau Rosa Morasch, Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 64, 3. Stock Gegr. 1911. Tel. 4239. Rückporto erbeten.

BESUCHSKARTEN
jeder Art liefert in tadelloser Ausführung C. F. Müllersche Hofbuchhandlung G. m. b. H., Karlsruhe Ritterstraße 1

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben unvergeßlichen Mannes

Michael Geßler

sage allen Freunden und Bekannten herzlichen Dank.

Karlsruhe, im Januar 1922.

Josephine Geßler.

Danksagung.

Anläßlich des Hinscheidens unsrer innigstgeliebten Mutter und Großmutter

Frau **Emma Haas**
geb. Wolff

wurden uns von allen Seiten so viel Zeichen der Liebe und Anhänglichkeit für unsre teure Entschlafene entgegengebracht, daß wir nur auf diesem Wege, tief ergriffen, unseren Dank aussprechen können.

Karlsruhe, den 26. Januar 1922.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Rechtsanwalt Dr. Heinrich Haas
und Frau Toni, geb. Fröhlich.

Statt besonderer Anzeige.

Heute verschied nach längerer Krankheit unsere liebe, treubesorgte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Anna Kappes
geb. Satzger
Witwe des Geheimen Rechnungsrats Bernhard Kappes.

Karlsruhe, den 24. Januar 1922.

Charlotte Muser, geb. Kappes
Elisabeth Klauprecht, geb. Kappes
Erich Kappes, Rittmeister a. D.

Die Beisetzung findet heute Donnerstag, nachm. ½3 Uhr, statt

Danksagung.

Anläßlich des Heimganges und der Beisetzung unserer lieben guten Mutter sind uns überaus zahlreiche Blumenspenden und Beileidsbezeugungen zugegangen. Es drängt uns von Herzen allen, die der teuren Entschlafenen so herzlich gedacht haben, unseren innigsten Dank zu sagen.

Emil Wetz Ida Wetz
Emma Wetz Wwe. und Kinder.

Karlsruhe, 26. Januar 1922.

Die Mietsteuer.

250 Prozent der Friedensmiete?

Man schreibt uns: Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht der deutsche Steuerzahler, Familienvater und Haushaltungsvorstand mit einer finanziellen Hiobsbotschaft beglückt wird. Entweder ist es die erhöhte Höchstmiete oder der Kohlenpreis oder die Brotverteuerung. Das neueste ist die Mietssteuer. Das ihr zugrunde liegende Gesetz wurde am 26. Juni 1921 vom Reichstag verabschiedet und betrifft die „Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues". Unter diesem langen Namen verbirgt sich aber die Mietesteuer. Sie muß bezahlt werden vom Mieter. Aber auch der Vermieter als unbesoldeter Steuereintreiber wird davon sehr betroffen sein. Trotzdem kümmerte man sich weder in Mieter- noch in Vermieterkreisen viel darum. Man hat ja so viele andere Sorgen. Die Sache brannte nicht auf den Nägeln. Nun ist aber die erste Bombe geplatzt, und zwar im Reichswirtschaftsrat. Dessen Ausschuß für Siedelungs- und Wohnungswesen hat eine Abgabe beschlossen, die zu einer Steigerung der Friedensmieten auf 250 Prozent führen müßte. Der Entwurf soll nämlich dem Gesetz eine Form geben, die es ermöglicht, den Erlös der Abgabe nicht nur zur Verzinsung und Tilgung von Anleihen wie bisher, sondern auch zur unmittelbaren Gewährung von Baukostenzuschüssen zu verwenden und dazu die Abgabe möglichst hinaufzuschrauben.

Der Reichswirtschaftsrat denkt sich das so: Hundert Prozent für die Hausbesitzer, hundert Prozent für Neubauten und noch fünfzig Prozent für die Erhöhung der Grundsteuer. Macht zusammen 250 Prozent. Nun wünscht doch gewiß jeder, auch der verbittertste Mieter, daß der Hauswirt in die Lage kommt, das verfallende Haus wieder in einen menschenwürdigen Zustand zu bringen. Ebenso wird jeder, der die traurige Wohnungsnot kennt und auch nur ein wenig soziales Gefühl hat, dafür stimmen, daß Mittel für Neubauten aufgebracht werden. Aber 250 Prozent, das ist eine Ziffer, die erschreckend und aufrüttelnd wirken muß. Bisher beliefen sich die Mietszuschläge — nehmen wir die Berliner Verhältnisse und die Privatwohnungen — gegenüber der Friedensmiete auf 40 Prozent. Da der Hausbesitzer mit diesem Zuschlag unmöglich Reparaturen leisten, Steuern zahlen und leben kann, werden jetzt die Zuschläge auf 70 Prozent erhöht. Von 70 auf 250 Prozent in Zukunft wäre ein Sprung, den der stärkste Gewinnler nicht aushält. Auch die Lohn- und Gehaltsempfänger können mit dem schönsten Streik nicht die Lücke ausgleichen, die zwischen ihrem jetzigen Einkommen und einer Steigerung ihrer Miete auf 250 Prozent klafft. Wie glaubt die Regierung mit ihren Beamten auszukommen, wenn die 250 Prozent Gesetz werden? Und die andern, die Hunderttausende der freien Berufe, die sich mühselig durchs Leben ringen? Die kleinen Gewerbetreibenden, die nicht jede Verteuerung auf ihre Kundschaft abwälzen können? Alle diejenigen, die sich eigentlich nur noch dadurch über Wasser halten, daß die Miete für Wohnung und Arbeitsstätte nicht mit der wahnsinnigen Geldentwertung gleichlaufend gestiegen ist? Man denke auch an die Wohnungen mit Zentralheizung, in denen durchaus nicht nur die neuen Reichen wohnen. Wer aus glücklichen Vorkriegszeiten her mit einer solchen Wohnung behaftet ist und nicht zu den Großspekulanten gehört, der sieht mit Grauen jedem Quartalsersten entgegen, an dem der Hauswirt wegen der Heizungsvorschüsse anklopft. Wobei nicht vergessen werden darf, daß auch die Kohlenkarte für Wohnungen mit Ofenheizungen einen immer beängstigender werdenden Zuschlag zur Miete bedeutet. Erreicht die Kohle demnächst den Weltmarktpreis, so ist ja schon jede Miete sozusagen um 250 Prozent erhöht.

Im Reichsrat hat wohl niemand daran gedacht, daß sich da, wo das Mietesteuergesetz bereits in Kraft getreten ist (in Preußen am 1. Oktober v. J.), ganz erhebliche Nachzahlungen ergeben, die zusammen mit den sonstigen gerade herunterhagelnden Steuern für den einzelnen Staatsbürger eine schwindelnd hohe Rechnung sein werden und zur unerträglichen Verschuldung führen. Keine Lohnerhöhung, keine Warenverteuerung, keine Entschuldungssumme könnte das ausgleichen. Die Streitigkeiten zwischen Hauswirt und Mieter, die Kündigungsprozesse, die Räumungsklagen, alle Nöte vor Gericht und beim Mieteinigungsamt, die heute schon so groß sind, würden bei der Durchführung einer 250prozentigen Mietesteuer ins Ungemessene wachsen. Mieter und Vermieter haben das größte Interesse, gegen die geplante Ueberbesteuerung Front zu machen. Dem Reichstag aber möchte man nahelegen, das Ei, das der Reichswirtschaftsrat gelegt hat, nicht auszubrüten. Es käme nur Unheil heraus.

Aus Baden

Die Stimmung unter den Eisenbahnern.

Eine Versammlung der Karlsruher Eisenbahner, einberufen vom Deutschen Eisenbahnerverband, lehnte die Lohnerhöhung von 75 Pfg. und die Neuregelung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten ab. Die Eisenbahner erklärten ihre Bereitschaft, wenn nötig, den Kampf aufzunehmen und das letzte gewerkschaftliche Mittel anzuwenden.

*

t. **Baiertal** bei Wiesloch, 25. Jan. Wie überall, so haben sich auch hier bei einer Holzversteigerung durch das Forstamt Wiesloch unerhörte Preistreibereien zugetragen. Die Taxe für zwei Ster Holz war auf 400 Mk. festgesetzt, dieser Preis wurde aber im Nu auf 1000 Mk. hinaufgetrieben. Infolge dieser Preistreibereien wurde die Versteigerung von 6 Ster Holz für ungültig erklärt.

t. **Heidelberg**, 25. Jan. Ein angeblich französischer Schieber ist im Stadtteil Handschuhsheim verhaftet worden. Dort wohnte seit einiger Zeit ein Mann, der sich Hubert nannte und ein sehr luxuriöses Leben führte. Sein Treiben fiel schließlich der Staatsanwaltschaft auf, die den großartig auftretenden Herrn verhaftete. Man hört, daß sein Geld aus Schiebungen stammt, die er in der Hauptsache mit Leder und Schuhwaren unternommen hat. Ein auswärtiger Ledergroßhändler soll von dem Verhafteten um 55 000 Mk. betrogen worden sein. — Seit gestern führt der Neckar leichtes Treibeis.

t. **Heidelberg**, 25. Jan. Der zum Tode verurteilte Raubmörder Siefert ist in das Mannheimer Strafgefängnis überführt worden.

a. **Weinheim**, 25. Jan. Der 50jährige Schmied Schmidt in Heddesheim fiel in angetrunkenem Zustande die Treppe herab und blieb bewußtlos liegen. Er hat bis jetzt das Bewußtsein nicht zurückerlangt. Anscheinend hat er eine schwere Schädelverletzung erlitten.

t. **Marlen** bei Offenburg, 25. Jan. Dem Flußwärter Berl, der im Sommer v. J. den 15jährigen Sohn des Bäckermeisters Krämer aus dem Altrhein vom Tode des Ertrinkens rettete, wurde die Badische Rettungsmedaille verliehen.

t. **Ottenheim** bei Lahr, 25. Jan. Unsinnige Brennholzpreise wurden bei einer hier abgehaltenen Brennholzversteigerung des Forstamts Ichenheim geboten. Die Holzliebhaber waren in derart großer Menge erschienen, daß sie vor dem Rathaus Aufstellung nehmen mußten, von dessen Balkon der beauftragte Forstangestellte die Gebote entgegennahm. U. a. wurden für vier Ster buchenes Scheitholz 2400 Mk. geboten.

t. **Badenweiler**, 25. Jan. Der Verein Hilda-Krankenheim hat sein gesamtes Vermögen der Gemeinde Badenweiler vermacht. Damit ist der Uebergang des Krankenheims zu einem Gemeindekrankenhaus geschaffen.

t. **Singen**, 25. Jan. Einer größeren Platinschieberei ist die Gendarmerie auf die Spur gekommen. Es wurden eine Frau Müller mit ihrer 19jährigen Tochter und ihrem 16jährigen Sohn verhaftet, dagegen sind die Hauptschieber noch nicht festgenommen worden. Es stellte sich heraus, daß in den letzten Tagen mit Wissen der bis jetzt verhafteten Personen Platin im Wert von etwa 300 000 Mk. nach der Schweiz verschoben worden war. Auch ein Grenzaufseher soll in die Angelegenheit verwickelt sein. — Zu dem von uns schon gemeldeten Großfeuer wird noch berichtet, daß die in dem Lagerschuppen der Baumwollspinnerei und -Weberei gelagerte Baumwolle im Umfang von etwa 250 Ballen zum größten Teil vernichtet ist. Ein Teil der brennenden Baumwollballen wurde mit Todesverachtung von dem mutigen Fabrikpersonal herausgeschleppt, um noch retten zu können, was zu retten ist. Glücklicherweise explodierte der dicht neben dem Brandherd befindliche Gasometer nicht.

t. **Konstanz**, 25. Jan. Das neue Aktienkapital der Dampfbootgesellschaft für den Untersee und Rhein ist nun beisammen und damit ist der Weiterbetrieb der Schiffahrt auf dem Untersee gesichert.

t. **Konstanz**, 25. Jan. (Drahtber.) Der Untersee ist wieder zum größten Teil zugefroren. Das Eis ist aber erst am Ufer tragfähig; infolgedessen ist das Begehen streng verboten.

Aus Nachbarländern

t. **Neustadt a. H.**, 25. Jan. (Drahtber.) Ein mysteriöser Fall beschäftigt zurzeit die Gendarmerie und Staatsanwaltschaft. Am 14. Oktober 1921 hat sich der 52 Jahre alte Landwirt Hermann Grund von Meckesheim angeblich in der Frühe um 4 Uhr von seiner Wohnung entfernt und ist zu Fuß nach Hasloch gewandert, von wo aus er mit einem der ersten Züge einen Geschäftsgang besorgen wollte. Von dem Mann fehlt bis heute jede Spur. Man ist der Meinung, daß Grund einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Der Haushalt der Stadt Karlsruhe.

I.

Zur Abgleichung des im Voranschlag für das Rechnungsjahr 1921/22 verbleibenden ungedeckten Aufwandes von 33 601 752 ℳ werden aus dem für das Rechnungsjahr 1921 zur Veranlagung kommenden Grund- und Gewerbevermögen folgende Gemeindesteuern erhoben:

Von je 100 ℳ Steuerwert:

a) der Gebäude und des gewerblichen und land- und forstwirtschaftlichen Betriebsvermögens . . . . . 2.44 ℳ
b) der einzeln geschätzten Grundstücke 3.66 ℳ
c) der klassifizierten und diesen gleichzuachtenden Grundstücke und des Waldes . . . . . 4.88 ℳ

Den Fälligkeitstag dieser Gemeindesteuern bestimmt der Stadtrat.

Unter dem Vorbehalt der Anrechnung auf die hiernach festzustellende Gemeindesteuerschuld wird eine weitere vorläufige Umlage von 44 Pfg. für je 100 ℳ der auf Grund der bisherigen Gesetze für das Rechnungsjahr 1920 veranlagten Steuerwerte des Liegenschafts- und Betriebvermögens erhoben.

Diese vorläufige Steuer wird in ihrem vollen Betrag am 15. Februar 1922 fällig.

Der Bürgerausschuß wird vom Stadtrat um seine Zustimmung hierzu ersucht und berät über den Voranschlag am 7. Februar, nachmittags 4 Uhr.

Die der Vorlage beigegebene Erläuterung besagt:

Wie im vorigen Rechnungsjahr sind auch im laufenden sprunghaftes Ansteigen der Ausgaben einerseits und weitgehende Unsicherheit der Einnahmen andererseits die Kennzeichen der Finanzlage der Städte und damit auch der Stadt Karlsruhe geblieben. Nach vorübergehendem Stillstand im Frühsommer des Jahres 1921 ist im Hochsommer die Teuerungswelle erneut in Bewegung gekommen und hat das deutsche Wirtschaftleben in einem nie geahnten Umfange überflutet. Mehrfache Gehalts- und Lohnerhöhungen der städtischen Angestellten in Anpassung an die entsprechende Sätze der Reichsangestellten und eine fortschreitende Verteuerung der Materialpreise waren die Folge. Einem Gesamtjahresaufwand an Beamtengehalten und Arbeiterlöhnen von 58 565 000 ℳ nach dem Stande vom Juli 1921 steht trotz der Verringerung der Personenzahl im Januar 1922 eine Jahresausgabe von 101 790 000 ℳ gegenüber; es bedeutet dies eine Steigerung um 73,8 Proz.

Die Unsicherheit der Einnahmen andererseits hat ihren Grund in der Unstetigkeit der Steuergesetzgebung und der Ungewißheit ihres finanziellen Ergebnisses für die Städte. Zwar sind im laufenden Jahre zwei für die Wirtschaft der Gemeinden sehr wichtige Gesetzeswerke zum Abschluß gekommen. Das erste ist das sogenannte Steuerverteilungsgesetz vom 4. August 1921, das neben der Festsetzung des Anteils von Staat und Gemeinde an der Reichseinkommensteuer eine Neuregelung der Verteilung der Schullast auf Staat und Gemeinde gebracht hat. Der vom Gesetzgeber für die Verteilung des Einkommensteueranteils gewählte Maßstab, der für den staatlichen Anteil das Aufkommen des Landes aus allen direkten Steuern einschließlich der außerordentlichen Zuschläge im Jahre 1919 maßgebend sein läßt, während er auf der Seite der Gemeinden nur die Umlagen aus dem Einkommen und dem Kapitalvermögen, also nicht auch aus dem Grund- und Betriebsvermögen berücksichtigt, entspricht nicht ganz den Erwartungen der Gemeinden und auch wohl nicht der Billigkeit. Dasselbe muß von der Regelung der Schullastenverteilung gesagt werden. Zwar hat der Staat von den persönlichen Ausgaben für die Volksschulen den nach dem Schulgesetz gebotenen Aufwand übernommen und dies bedeutet auch für die Städte der Städteordnung eine nennenswerte Entlastung, die nach dem Voranschlag auf 4,7 Mill. Mark anzunehmen ist. Immerhin bleibt nach diesem Maßstab noch die Hälfte des persönlichen Aufwandes der hiesigen Volksschulen der Stadt zur Last, während in kleineren Gemeinden die ganze Volksschullast außer den sachlichen Ausgaben auf den Staat übergegangen ist. Bei den Mittelschulen ist durch die Halbierung der persönlichen Aufwendungen zwischen Staat und Gemeinde die Lage der Städte gegen früher verschlechtert. Dagegen ermäßigt das Verteilungsgesetz die Leistungen der Gemeinden an den Kreis durch die Beschränkung auf 3/4 der im Jahre 1919 erhobenen Kreisumlage aus Einkommen und Kapitalvermögen, nötigt auf der anderen Seite freilich die Gemeinden, ab 1. April 1922 15 Proz. der Einnahmen aus der Lustbarkeitssteuer an die Kreise abzuführen, eine Maßnahme, die naturgemäß vorwiegend die Städte trifft.

Wie groß nun aber der Anteil der Stadt Karlsruhe an der Einkommensteuer auf Grund des Verteilungsgesetzes tatsächlich sein wird, läßt sich auch nicht annähernd angeben, da die Veranlagung für das Jahr 1920 noch nicht einmal abgeschlossen ist und ferner die mehrfachen Aenderungen an dem Einkommensteuergesetz jede Uebersicht nehmen.

Wichtige Neuerungen brachte ferner die Neuregelung der Grund- und Gewerbesteuer. Sie ersetzt zunächst den bisher für Liegenschafts- und Betriebsvermögen einheitlichen Gemeindesteuerfuß durch eine Abstufung, die zwischen dem einfachen und dem doppelten Ansatz schwankt. Für die städtischen Verhältnisse wird ferner die Aenderung der Betriebsvermögensbesteuerung, vor allem die erweiterte Freigrenze (5000 ℳ statt 1000 ℳ), die Einführung von Steuerermäßigungen bis zum Höchstbetrag von 80 000 ℳ und die Neugestaltung der progressiven prozentualen Zuschläge zu dem Schätzungswerte (bisher beginnend bei 50 000 ℳ mit 10 Proz. und endigend bei 400 000 ℳ mit 65 Proz., jetzt beginnend bei 200 000 ℳ und endigend bei 2 500 000 Mark) von einschneidender Bedeutung sein. Auch hier läßt sich aber die Wirkung dieser Aenderungen noch nicht übersehen, da die Veranlagung auf Grund des neuen Gesetzes noch nicht vorgenommen, ja die dazu notwendige Vollzugsverordnung noch nicht einmal erlassen ist.

Gänzlich unsicher sind die Grundlagen für die Berechnung der Einkünfte aus den Reichssteuern. Die Reichsfinanzreform ist ja noch in vollem Flusse. Es ist noch nicht geklärt, in welchem Umfange die Gemeinden für die ihnen entzogene Steuer aus den steuerfreien Einkommensteilen entschädigt werden. Ferner steht eine Aenderung des Umsatzsteuergesetzes in naher Aussicht, die Wirkungen für den Anteil der Gemeinden haben wird. Wie man hört, ist endlich das Landessteuergesetz in einer Umarbeitung begriffen. Die Gemeinden haben ihrerseits auf dem deutschen Städtetag dazu eine Reihe von Anträgen gestellt, die eine Erhöhung ihres Anteils an den Reichssteuern bezwecken. Ob eine Besserung für die Gemeinden erreicht, und ob sie insbesondere auf das laufende Rechnungsjahr Einfluß haben wird, steht dahin.

Es ist einleuchtend, daß diese Umstände die Aufstellung eines Voranschlags erheblich erschweren, ja fast unmöglich machen. Gegenüber den täglich sich vollziehenden Aenderungen blieb schließlich, um überhaupt zu einem Abschlusse zu kommen, nichts übrig, als den Stand eines bestimmten Augenblicks zu wählen und zur Darstellung zu bringen, wie sich nach den zu dieser Zeit vorliegenden Tatsachen der Ablauf des Wirtschaftsjahres vermutlich gestalten wird. Als Stichtag wurde Ende September gewählt.

Unberücksichtigt blieben mithin, von den zu behandelnden Ausnahmen abgesehen, in dem Voranschlag alle Veränderungen, die sich seit dem 1. Oktober 1921 vollzogen haben, also vor allem die seitdem eingetretenen, aus Einzelvorlagen bekannten Lohn- und Gehaltserhöhungen und die seitdem vollzogenen Aenderungen der Gebühren und Tarife. Wenn der Stadtrat trotzdem die Annahme wagt, daß im Endergebnis die vorgesehenen Deckungsmittel hinreichen werden, um den tatsächlich entstehenden Fehlbetrag auszugleichen, so geht er dabei von der Zusage aus, die die Reichsregierung anläßlich der Beratung des Gesetzes über die Neuregelung der Reichsbeamtengehälter ab 1. Oktober 1921 im Reichstag abgegeben hat. Es ist darin zunächst der Erwartung Raum gegeben, daß der Mehrbetrag der Gemeinden für Besoldungszwecke in Anpassung ihrer Gehaltsregelung an die des Reiches durch einen, diese Mehrausgaben ersetzenden Teil der Mehreinnahmen gedeckt werden wird; weiter ist aber ausgesprochen, daß wenn diese Erwartung nicht zutreffen sollte, und die Länder den Gemeinden deshalb die erforderlichen Zuschüsse gewähren, das Reich sich an diesen Zuschüssen beteiligen wird, und das Wort „beteiligen" ist in einer weiteren Erläuterung dahin ausgelegt, daß auch die Uebernahme des ganzen Fehlbetrags durch das Reich in Frage kommen kann. Nun hat zwar die badische Regierung die Gewährung solcher endgültigen Zuschüsse nicht zugesagt. Angesichts dieser Rückdeckung durch das Reich darf aber erwartet werden, daß das Land sich dazu bereit erklärt, umsomehr, als offenbar auch das Land mit einem erheblichen Mehrerträgnis der Einkommens- und Körperschaftssteueranteile rechnet. Jedenfalls hat es zunächst die Gewährung von Vorschüssen zugesagt, und die Stadt Karlsruhe hat solche in der angeforderten Höhe für die Zeit bis 31. März 1922 teils erhalten, teils sind sie ihr in Aussicht gestellt. Die von den Gemeinden für solche Zuschüsse etwa zu schaffende Voraussetzung „einer vorsichtigen und der gemeinsamen Notlage Rechnung tragenden Aufstellung des Haushaltplanes" dürften von der Stadt Karlsruhe erfüllt sein.

Wird man aber hoffen können, daß solche Zuschüsse gewährt werden, so dürfte damit die Ausgleichung der im Voranschlag nicht berücksichtigten Mehrausgaben seit dem 1. Oktober 1921 gesichert sein. Denn, wenn auch die Zuschußzusage des Reichs nicht die Mehrausgaben an Arbeiterlöhnen und sachlichem Aufwand mit einschließt, bezüglich dieser, soweit sie gebührenpflichtige Leistungen betreffen, es den Gemeinden vielmehr anheim gegeben ist, den erforderlichen Ausgleich durch Erhöhung der Gebühren und Entgelte zu suchen, so hat ja die Stadtverwaltung die erforderlichen Maßnahmen getroffen, und es darf erwartet werden, daß bei der Prüfung der Frage, welcher Teil der neuen Beamtengehälter durch den vermutlichen erhöhten Anteil an den Reichssteuern gedeckt werden kann, die Steigerung auch dieser Ausgaben, soweit ein Ersatz durch Gebühren und Entgelte dafür nicht in Frage kommen kann, oder die möglichen Gebührenerhöhungen zu ihrer Deckung nicht ausreichen, gebührend berücksichtigt werden wird.

Zwei Ausnahmen von der Verweisung der Mehrausgaben der Stadt ab 1. Oktober 1921 auf etwaige Zuschüsse des Landes oder Reiches mußten allerdings gemacht werden, nämlich:

a) bezüglich der infolge der Mehrausgaben ab 1. Oktober zu erwartenden Steigerung des Zuschusses der Stadt zum Landestheater von 2 250 000 Mk. auf 2 750 000 Mk. und
b) bezüglich der durch die Einreihung Karlsruhes in die Ortsklasse A ab 1. April 1920 notwendigen Nachzahlung von 7 420 970 Mk.

Zu letzterer Ausgabe ist von der badischen Regierung ausdrücklich mitgeteilt worden, daß dafür Zuschüsse des Reiches und Landes nicht in Aussicht gestellt werden können, und dasselbe wird man vorsichtigerweise auch hinsichtlich des Anteils am Defizit des Landestheaters annehmen müssen. Zur Gewinnung einer genügend sicheren Grundlage für die richtige Festsetzung der Umlage ist es aber wohl geboten, diese beiden Beträge zur Deckung im Voranschlag vorzusehen.

Mit dem Vorbehalt, der sich aus dem Gesagten ergibt, war die Stadtverwaltung bei Aufstellung des Voranschlags bemüht, die einzelnen Positionen so genau zu berechnen, als es das vorliegende Material, besonders über das Ergebnis des Vorjahres und den tatsächlichen Ablauf der Hälfte des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres zuließ.

Aus dem Stadtkreise

Zur Unordnung im Bestattungswesen. Vom evangel. Stadtpfarramt wird uns geschrieben: Die 5—10 Minutenrechnung des Bestattungsamtes, mit welcher dem Geistlichen zwar keine „subjektive", aber doch eine „objektive" Mitschuld ankonstruiert werden soll, dürfte schwerlich jemanden überzeugt haben. Es sei hier zusammenfassend auf den wahren Grund der in letzter Zeit sich immer mehr häufenden Störungen im Bestattungswesen hingewiesen, auf die von seiten des Stadtpfarramts wiederholt an zuständiger Stelle Vorstellung gemacht wurde: Es ist der Mangel an Leitung und Initiative. So war es 1. möglich, daß bei fehlenden Wagen der Kutscher die Schuld auf das Bestattungsamt und dieses sie auf den Kutscher schiebt, weil überhaupt keine Kontrolle darüber bestand, ob und wie die Zettel jeweils den Kutschern zugestellt werden, und so konnte es 2. geschehen, daß bei fehlendem Wagen, hin- und hertelephoniert wird, bis sich endlich ein Kutscher bequemt, nach einer halben Stunde den Wagen zu stellen, statt sofort in einem Ersatz-Auto den wartenden Geistlichen an Ort und Stelle zu bringen, der jüngste Fall hat das Gute gehabt, diese Zustände einmal öffentlich grell zu beleuchten. Die Geistlichkeit wird es begrüßen, wenn nunmehr Abhilfe geschaffen wird. Denn niemand hat neben den Leidtragenden unter den Zuständen, wie sie waren, so viel gelitten, wie sie.

Erhöhung der Güter- und Tiertarife. Vom 1. Februar ds. Js. an werden die Frachtsätze, die Mindest- und Sonderfrachtbeträge, die örtlichen Gebühren (Bahnhoffrachten, Ueberfuhrgebühren usw.) sowie die Nebengebühren im Güter- und Tierverkehr um etwa 80 v. H. erhöht. Die Erhöhung ist bei den regelrechten Tarifklassen und bei einigen Ausnahmetarifen nicht in Form eines gleichmäßigen Zuschlags, sondern unter besonderer Schonung der weiteren Entfernungen planmäßig in die Tarife eingearbeitet. Die Erhöhung wird durch Ausgabe neuer Tarife oder durch Tarifnachträge durchgeführt. Nähere Auskunft erteilt das Gütertarifbüro der Eisenbahngeneraldirektion. Die Privatbahnen sind ermächtigt, auf ihren Strecken die gleichen Erhöhungen durchzuführen; die von ihnen eingeführten besonderen Zuschläge bleiben hiervon unberührt.

Wie man Porto spart, darüber schreibt ein Geschäftsfreund einer süddeutschen Zeitung: „Nach dem neuen Posttarif kostet eine Drucksache über 100 Gramm Gewicht 2 Mk. Postporto. Heute bekam ich von einer Firma Sitz in Frankfurt

am Main, einen sehr netten großen Abreißkalender zugesandt mit dem Poststempel Wien. Der Umschlag war mit 8 Kronen österreichischer Postwertzeichen frankiert. Also: Man schickt seine Reklamedrucksachen von Oesterreich ab, das kostet bei der heutigen Valuta 28 Pfennig, die deutsche Reichspost befördert sie anstandslos umsonst, denn die 8 Kronen hat die österreichische Postverwaltung eingenommen, und da sage mir einer, die Post werde ihr Defizit nicht in kürzester Zeit beseitigt haben!"

Unfall mit Todesfolge. Der 25 Jahre alte Eisenbahnschaffner Karl Zipperle aus Heilbronn geriet Dienstag mittag beim Rangieren auf dem Rangierbahnhof hier zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen, wobei ihm die Brust eingedrückt wurde, was den sofortigen Tod des Mannes zur Folge hatte.

Unfall. In einer Fabrik in Mühlburg zog sich ein Arbeiter aus Daxlanden so erhebliche Brandwunden am Kopf und an beiden Armen zu, so daß er im Krankenauto ins Städt. Krankenhaus gebracht werden mußte.

Festgenommen wurden: vier Taglöhner und ein Arbeiter wegen Diebstahls, ein Händler wegen Hehlerei, ein Matrose wegen unerlaubter Grenzüberschreitung.

Chronik der Vereine.

Musikverein Eintracht. Eine große Anzahl Besucher versammelten sich am Sonntag, 22. Januar, nachmittags 4 Uhr, in den Sälen „Zum Saalbau", Gottesauerstraße, um die Weihnachtsfeier des Vereins zu begehen. War doch auch der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß eine große Anzahl Gäste Einlaß nicht mehr erhalten konnten. Der in weiten Kreisen bekannte und beliebte Altmeister Lieke wieder einmal mit seiner Kapelle zu hören. Als Eröffnung galt der feierliche Eröffnungsmarsch von Händel. In einer kernigen Ansprache des 1. Vorstandes, Herr Riecker, wies dieser auf die großen Fortschritte des Vereins hin, besonders in musikalischer Hinsicht." Er betonte, daß die Musik weiter gehegt und gepflegt werden soll. Ein Klavier-Vortrag des Schülers Benz wurde vortrefflich zu Gehör gebracht, ebenso fanden die Vorträge der Herren K. Schmid und Frz. Weiß Beifall. Besonders erwähnenswert war das Ballett, das von 4 jungen reizenden Damen vom Landestheater vortrefflich getanzt wurde und stürmischen Beifall fand. Auch die Theaterstücke wurden mustergültig ausgeführt. Den Schluß des Programms bildete ein von 30 Kindern aufgeführter Kinderreigen der ein prächtiges Bild bot. Nach Erledigung des Programms fand ein Ball statt.

Veranstaltungen.

Pressefest 1922. Die Inhaber von Bescheinigungen über Eintrittskarten können die Karten von heute an in unserer Expedition in Empfang nehmen. Für die akademische Jugend ist im Sekretariat der Technischen Hochschule eine Liste aufgelegt.

Lieder- und Klavier-Abend. Heute Donnerstag, abends 7½ Uhr, findet im Vierjahreszeitensaal das Konzert der Pianistin Fela Rybier und des Bassisten Jouan Costa statt unter Mitwirkung des Herrn Hugo Rahner, der die Klavierbegleitung der Lieder übernommen hat. Karten in der Musikalienhandlung Kurt Neufeldt und an der Abendkasse.

Die Karnevalgesellschaft des Gesangvereins Badenia veranstaltet am kommenden Sonntag, nachmittags 3 Uhr, im großen Saale der Festhalle eine der bekannten Großen Damen- und Fremdensitzungen, bei den hervorragende Künstler und erste Büttenredner mitwirken werden. Den musikalischen Teil hat die Schottekapelle übernommen. Die Gesellschaft ist die älteste der Stadt und dafür bekannt, daß auf dem Gebiete des Humors hervorragendes geleistet wird. Wer einige Stunden eines gesunden Humors mitmachen will, darf nicht versäumen, die Sitzung zu besuchen. Man beachte die Anzeige in nächster Nummer.

Standesbuch-Auszüge.

Eheaufgebote. 24. Jan.: Hugo Dennerlein von Nürnberg, Kaufm. hier, mit Paula Moser von Rotterdam; Josef Dickemann von hier, Sattler hier, mit Frieda Rosenstiel von hier; Adolf Wurthorn von Ettlingen, Glaser hier, mit Anna Leitz von hier; Emil Meister von Allenstein, Bankbeamter hier, mit Eugenie Gerbert, Witwe von Oppenau; Willi Moster von Pforzheim, Ingenieur hier, mit Elsa Hermanauz von Wollmatingen; Carl Wacker von Schorndorf, Metzger in Stuttgart, mit Mina Burger Witwe von Dietlingen.

Todesfälle. 23. Jan.: Karl Zipperle, Eisenb.-Schaffner, ledig, alt 24 Jahre. — 24. Jan.: Anna Kappes, alt 77 Jahre, Witwe von Bernhard Kappes, Geh. Rechnungsrat a. D.; Adelheid Schloemann, alt 58 Jahre, Ehefrau von Arnold Schloemann, Geh. Kirchenrat.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Donnerstag, den 26. Januar. 2 Uhr: Johann Dinger, Masch.-Arbeiter, Winterstr. 8. — ½3 Uhr: Anna Kappes, Geh. Rechn.-Rats-Witwe, Otto Sachsstr. 3.

Schule und Kirche

Die badischen Katholiken und der Tod des Papstes.

t. **Freiburg**, 24. Jan. Erzbischof Dr. Carl hat zum Tode des Papstes Benedikt XV. ein Hirtenschreiben erlassen, das am kommenden Sonntag in allen katholischen Kirchen von der Kanzel an Stelle der Predigt zu verlesen ist. Das Hirtenschreiben wirft einen Rückblick auf die siebenjährige Papstzeit Benedikts XV. und berührt dabei besonders die sich auf Deutschland erstreckende Liebestätigkeit des verstorbenen Papstes.

Der Erzbischof hat angeordnet, daß in den nächsten drei Tagen das Trauergeläute mit allen Glocken mittags 12 Uhr in drei Absätzen zu läuten ist. Am Montag, den 30. Januar, werden in allen Pfarrkirchen die feierlichen Exequien (Seelenamt, Absolution ad tumbam) gehalten, nachdem am Vorabend mit allen Glocken die Trauerfeier angekündigt worden ist. Die Katholiken sind zum Gebet für den Papst Benedikt XV. aufzufordern. Jeder Priester hat eine heilige Messe zu opfern. Ferner ist am Schlusse der Pfarrmesse für eine gute und baldige Papstwahl zu beten.

Tagesanzeiger

Donnerstag, den 26. Januar 1922.

Landestheater. „Hänsel und Gretel". 7 Uhr.
Konzerthaus. Gesellschaft für deutsche Bildung und Theaterkulturverband: Vortrag Prof. Holl. Chem. Inst. T. H. 8 Uhr.
Colosseum. Varieté. 8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele. Neues Programm.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Letzte festgestellte Kurse im Freiverkehr.

(Eigener Drahtbericht.)

Frankfurt, den 25. Januar (abends).

Belgien	**1560**	**Schweiz**	—
Paris	**1645**	**London**	**856**
Neuyork	**201**	**Italien**	—
Holland	**7350**		

Tendenz: abgeschwächt.

Vom Mannheimer Chemikalienmarkte.

K. **Mannheim**, 24. Jan.

Die Stimmung am Chemikalienmarkte hat sich in den letzten 8 Tagen wesentlich befestigt und die Preise haben infolge der besseren Nachfrage, hervorgerufen durch die bevorstehende Erhöhung der Bahnfrachten, eine Steigerung erfahren. Auch die Verschlechterung der ausländischen Zahlungsmittel trug zur regeren Kauflust bei. Angeboten war: Chlormagnesium geschmolzen, einschließlich Faßpackung mit je 300 kg Inhalt, zu 220 M., desgl. kristall. zu 265 M., Ammoniak Alaunkristallmehl, erstklassiges Fabrikat, brutto für netto, einschl. Sack, zu 590 M., Chromalaun, krist., handelsübliche Ware, Nettogewicht exkl. Verpackung 2000 M., Alaunkristallmehl, Kali, fein, erstklassiges Fabrikat, in Jutesäcken, enthaltend 100 kg, brutto für netto, einschl. Verpackung, 550 M., desgl. grob, zu 540 M., Brockenschwefel, prima, inkl. Sackpackung, brutto für netto, 800 M., Chlorcalcium, 70/75 Proz., in Trommeln von ca. 300 kg, brutto für netto, einschließlich Verpackung 350 M., Chlorkalium, 51/52 Proz., brutto für netto, inkl. Sackpackung, 150 M., Kalisalpeter, pulv., dopp. raff., für Genußzwecke, exkl. Verpackung, 1400 M., Kalium permanganat, kleinkrist., D.A.B. 5, Originaltara, exkl. Verpackung, 5100 M., Kupfervitriol, 98/99 Proz., großkrist., handelsübliche Ware, inkl. Faßpackung, 2100 M., Natronsalpeter, pulv., dopp. raff., für Genußzwecke, exkl. Verpackung 1250 M., Pottache, 96/98 Proz., inkl. Faßpackung, Inhalt ca. 350 kg, 2100 M., Wasserstoffsuperoxid ($H^2 O^2$) exkl. Verpackung, 3 Proz. techn. 400 M., 3 Proz. med. 425 Mark, alles per 100 kg, ab Mannheim. Harz, franz. F/G., in Originalfässern Neugewicht, 6 Proz. Tara, war zu 1400 M. und amerikanisches M. in Originalfässern, Neugewicht 14 Proz. Tara zu 1425 M die 100 kg, ab Ludwigshafen a. Rh. offeriert.

Börse Handel Industrie – Gewerbe

Mannheimer Effektenbörse.

(Eigener Drahtbericht.)

K. **Mannheim**, 25. Jan. Bei der heutigen Börse waren die Kurse für Industrie-Aktien etwas niedriger gehandelt. Es wurden Benzaktien zu 590 Proz., Rhein Elektra zu 670 Proz. und Zellstoff Waldhof zu 815 Proz. gehandelt. Weiterhin notierten Anilin 610, Westeregeln 2150, Seilindustrie Wolff 575 Geld, Waggonfabrik Fuchs 800 Brief, Neckarsulmer Fahrzeuge 500 Geld, Zuckerfabrik Frankenthal 799, Zuckerfabrik Waghäusel 800 Brief. Höher stellten sich Heilbronner Straßenbahn 270 Geld, ferner Brauereiaktien: Brauerei Eichbaum 590 Geld, Aktienbrauerei Mannheim-Meyerhof 440 Geld und Sinner A.-G., die mit 800 gehandelt wurden.

Frankfurter Börse.

w. **Frankfurt a. M.**, 25. Jan. Im Zusammenhang mit dem Devisenmarkt war heute der Börsenverkehr ruhig, und die Spekulation zeigte geringe Unternehmungslust. Die Schwierigkeiten des Zustandekommens eines Steuerkompromisses waren ebenfalls wenig geeignet, einer Belebung Platz zu machen. Im freien Verkehr war das Geschäft ruhig bei vorwiegend schwächerer Tendenz. Deutsche Petroleum schwankten zwischen 1800 und 1850, Mansfelder Kuxe 24 500. Dyckerhoff & Widmann 605—600. Um eine Kleinigkeit konnte sich Benz heben 605—607. Es notierten ferner: Inag 820, Rastatter Waggon 710, Chemische Rhenania 1000—900, Buderus 805, Karstadt 335. Auf den variablen Märkten zeigte die Tendenz eine ziemliche Widerstandsfähigkeit. Die Kursbewegung der Montanwerte war bescheiden. Schwächer lagen bei Beginn Montan-, chemische und Elektrizitätsaktien. Die ersten schwankenden Notierungen brachten auch für Zellstoff-, Zuckerfabrik-, Zement- und Maschinenfabrikaktien niedrigere Notierungen. Neckarsulmer 1200, büßten bei erster Notiz 60, Adlerwerke Kleyer 30 ein. Eine matte Tendenz bei Angebot zeigten Mannesmann, Phönix, Buderus, sowie Kaliaktien. Höher gesucht sind Aetzwerke München, chemische Albert. Anilinwerte durchweg schwächer. Scheideanstalt 1450. Metallbank gedrückt 1055. Kreditanstalt 75½. Von sonstigen Auslandswerten Mexikaner schwächer. Ungarische Renten unterlagen Schwankungen.

Der Dollar wurde mit 209—205 genannt. Gebrüder Junghans 604. Philipp Holzmann 761 büßten 30 Prozent ein. In dem sonst ruhigen und schwachen Verkehr machten 3proz. Reichsanleihe eine Ausnahme. Sie traten mit 105 in den Verkehr. Die Stimmung blieb weiterhin schwach. Privatdiskont 4½ Prozent.

Berliner Börse.

w. **Berlin**, 25. Jan. Nachdem sich die Devisenpreise bis am Vormittag auf dem ungefähren Stand von gestern bewegt hatten, trat vor und bei der Feststellung der amtlichen Notizen überwiegend eine Abschwächung ein, die anscheinend im Zusammenhang damit stand, daß man für heute eine Einigung in den Verhandlungen wegen des Steuerkompromisses bestimmt erwartete. Die Umsätze waren keineswegs groß. Was den Effektenverkehr anbelangt, so fanden auch hier von Büro zu Büro Umsätze von irgendwelcher Bedeutung kaum statt; die von den Interessenten an der Börse gesprochenen Kurse waren zumeist etwas niedriger.

Industrien.

Die Vereinigten Freiburger Ziegelwerke A.-G. haben im Geschäftsjahr 1921 mit einem Reingewinn von 933 201 Mk. abgeschlossen. Es kommt eine Dividende von 4 Prozent zur Verteilung.

Tonwaren-Industrie Wiesloch A.-G., Wiesloch. Die a. o. G.-V. beschloß die Kapitalserhöhung von Mark 5 auf Mark 10 Mill. Die neuen Aktien werden von der Bankfirma Gebr. Bonte in Berlin zu pari übernommen und den Aktionären im Verhältnis von 1 zu 1 zu 115 Prozent angeboten. Das Geschäftsjahr 1921 sei befriedigend verlaufen, so daß wieder mit einem „angemessenen" Ergebnis zu rechnen sei.

Hermann Schreiber A.-G. Unter der Firma Hermann Schreiber A.-G. in Ludwigshafen wurde eine neue Aktiengesellschaft gegründet. Das Grundkapital beträgt 2,5 Millionen in 2500 Aktien zu 1000 Mark zum Kurse von 130 Prozent. Gegenstand des Unternehmens ist die Fabrikation von Koks- und Schlackenbrechern, Spindelpressen, Schleifmaschinen und Transmissionslagern, sowie Getriebemaschinen.

Märkte.

Bauholzversorgung. Die in Stuttgart erscheinende „Bauzeitung" schreibt: Auf dem deutschen Bauholzmarkt spielt sich in der letzten Zeit ein wahrer Hexensabbath ab. Das ganze Holzgeschäft ist augenblicklich wieder einmal vollkommen zur Spekulation geworden, und es fehlt ihm für die Zukunft fast in jeder Hinsicht ein auch nur einigermaßen sicher tragendes Fundament. Gewiß, wir haben in Deutschland momentan eine Holzknappheit zu überwinden. Aber es handelt sich ganz sicher nur um eine vorübergehende Sache. Der Artikel rät den Holzverbrauchern, mit der Eindeckung zurückzuhalten, soweit es die obwaltenden Verhältnisse nur irgend zulassen. Die noch bevorstehenden, diesmal etwas verzögerten Einschläge in den deutschen Forsten versprechen genügend reichliche Anfälle an Stämmen, um den inländischen Bauholzbedarf laufend für längere Zeit reichlich zu decken. Langfristige Aufträge, die man jetzt vermeiden sollte, werden von den soliden Holzfirmen meist abgelehnt. Zur Preisfrage wird festgestellt, daß die Holzpreise in den letzten Monaten von einem Tag zum andern fieberhaft emporgeschnellt sind.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Mittwoch, den 25. Januar 1922, 8 Uhr morgens M.E.Z.

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Hamburg	678	−11	OSO	schwach	wolkig	0
Danzig	777,3	−7	—	still	Dunst	0
Berlin	770,4	−15	O	mäßig	wolkig	0
Frankfurt	765	−6	NO	etwas	wolkig	0
München	—	—	—	—	—	—
Kopenhag.	773,3	−4	OSO	frisch	wolkig	0
Stockholm	778,9	−4	[illegible]	leicht	wolkig	0
Haparanda	778,8	−10	W	leicht	heiter	0
Skudenes	769,8	1	O	frisch	wolkig	0
Valentia	741,8	7	O	stark	Dunst	1
Paris	729	5	OSO	leicht	Regen	1
Toulouse	759	9	O	leicht	bedeckt	
Zürich	761,9	−5	[illegible]	leicht	bedeckt	0
Wien	—	—	—	—	—	—

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7[illegible]

Luftdr. in NN mm	Temp. C	Gestr. Höchst-Wärme	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt. 24 Std.
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	−8	−2	−9	N	schwach	heiter	0
Königstuhl Seehöhe 563 m							
761.6	−8	−4	−8	SO	stark	heiter	0
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
761.3	−5	1	−6	ONO	leicht	heiter	0
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
760.8	−6	−1	−6	NO	leicht	bedeckt	0
St. Blasien Seehöhe 780 m							
—	−5	1	−8	SW	leicht	wolkig	0
Villingen Seehöhe 712 m							
763.2	−8	−1	−13	—	—	halbbed.	0
Feldberg (Schw.) Seehöhe 1281 m							
646.4	−2	−0	−4	SW	leicht	bedeckt	0

Allgemeine Witterungsübersicht.

Unter dem Einfluß des nordöstlichen Hochdruckgebietes hielt das trockene, teilweise heitere Frostwetter an. Im Nordosten des Reiches herrscht strenge Kälte. Ein vom Ozean vordringendes Tief verursacht in Frankreich und England Trübung mit Regen und Schneefälle; es wird auch uns vorübergehend etwas beeinflussen, aber einen Witterungsumschlag nicht herbeiführen, da der Hochdruckeinfluß überwiegt.

Wetteraussichten für Donnerstag, den 26. Januar: Vorübergehend zunehmende Bewölkung, in Südbaden vereinzelt etwas Schnee, Fortdauer des Frostes, rauhe nordöstliche Winde.

Schneeberichte.

Feldberg: 95 Ztm., leicht verharscht, — 2 Gr., leichter SW, bedeckt, Wintersport gut.

Triberg: 30 Ztm., geschlossen, fester Schnee, leichter Frost, Wintersport sehr gut.

Villingen: 13 Ztm., vereist, — 8 Gr., Stille halb bedeckt.

*

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

	25. Jan.		24. Jan.
Schusterinsel	0,8[illegible] m		0,95 m
Kehl	1,77 m		1,90 m
Maxau	3,67 m		3,67 m
	— m	mittags 12 Uhr	3,67 m
	— m	abends 6 Uhr	3,69 m
Mannheim	2,35 m		2,41 m

Briefkasten

Briefliche Antworten werden nur erteilt, wenn Rückporto beigefügt ist. Abonnementsquittung muß vorgelegt werden. Fragen aus dem ärztlichen oder börsenmäßigen Gebiet werden nicht beantwortet. Sämtliche Auskünfte ohne Verbindlichkeit.

An den kleinen Unbekannten: Auf unserer Redaktion ist ein mannhaft kräftiger Spazierstock stehen geblieben. Er kann in der Sprechstunde (11—12 vorm.) abgeholt werden ohne „Erstattung der Einrückungsgebühr". Auch Futtergeld wird nicht begehrt.

Wertpapier- und Devisenmarkt.

Frankfurter Kursnotierungen:

	24. Jan.	25. Jan.
Badische Bank	514.—	505.—
Darmstädter Bank	270.—	270.—
Deutsche Bank	490.—	482.—
Diskonto Commandit	411.—	409.—
Dresdener Bank	324.50	324.—
Mitteld. Creditbank	294.—	291.—
Oesterr. Länderbank	178.	173.—
Pfälzische Bank	55.	55.—
Rheinische Creditbank	260.—	255.—
Südd. Diskonto-Ges.	370.	70.—
Wiener Bankverein	54.50	58.50
Württbg. Notenbank	400.—	—.—
Ottomanbank	—.—	—.—
Bochumer Gußstahl	—.—	—.—
Gelsenkirchen	941.—	882.—
Harpener	1472.	1410.
Laurahütte	945.—	930.—
Aschaff. Zellstoff	899.50	865.—
Grün & Bilfinger	645.—	639.—
Zementw. Heidelberg	820.—	780.—
Bad. Anilin	629.—	605.—
Scheideanstalt	1450.	1430.
Höchster Farben	604.—	583.—
Chem. Fabr. Mannheim	—.—	—.—
Deutsch Uebersee	—.—	—.—
Elektr. Licht u. Kraft	525.—	506.—
Gebr. Junghans	600.—	600.—
Adler & Oppenheimer	1449.	1309.
B. Masch. Badenia	688.—	650.—
Maschfabr. Durlach	—.—	829.—
Maschfabr. Gritzner	1080.	1056.
Haid & Neu	786.—	785.—
Maschfabr. Karlsruhe	942.—	901.—
Oberursel	700.—	—.—
Schlinck & Co.	—.—	—.—
Schuhfabrik Herz	505.—	496.—
Elsässer Baumwolle	943.—	940.—
Spinnerei Ettlingen	—	1675.
Uhrenfabr. Furtwang.	795.—	—.—
Waggon-Fabrik Fuchs	800.—	780.—
Zellstoff Waldhof	848.—	805.—
Zuckerfabr. Waghäusel	828.—	785.—
Zuckerfabr. Frankenth.	820.—	776.—
Benz Motoren	615.—	605.—
Mannh. Versich.-Ges.	—	—
Rütgers-Werke	932.—	890.—

Devisennotierungen:

w. Frankfurt, 25 Januar.

	24. Jan. Geld	24. Jan. Brief	25. Jan. Geld	25. Jan. Brief
Antwerpen-Brüssel	1685.80	1689.20	1583.40	1586.60
Holland	7767.20	7782.80	7392.60	7407.40
London	895.90	898.40	862.10	863.90
Paris	1725.70	1729.30	1670.80	1674.20
Schweiz	4145.80	4154.20	3958.50	3966.50
Spanien	3201.80	3208.20	3066.90	3073.10
Italien	929.—	931.—	889.10	890.90
Lissabon	—	—	—	—
Dänemark	4320.60	4329.40	4065.90	4074.10
Norwegen	3359.10	3365.90	3195.80	3203.20
Schweden	5257.20	5267.80	5094.90	5105.10
Helsingfors	—	—	—	—
Newyork	212.20	212.80	202.70	203.30
Wien (altes)	—	—	—	—
Deutsch Oesterr.	5.74	5.76	5.94	5.96
Budapest	29.59½	29.65½	27.22	27.28
Prag	411.—	412.—	384.60	385.40

w. Berlin, 25 Januar.

	24. Jan. Geld	24. Jan. Brief	25. Jan. Geld	25. Jan. Brief
Rotterd. Amsterd.	7792.20	7807.80	7442.55	7457.45
Brüssel	1662.35	1665.65	1598.40	1601.60
Christiania	3326.65	3333.35	3196.80	3203.20
Kopenhagen	4225.70	4234.30	4088.40	4096.60
Stockholm	5259.70	5280.30	5104.85	5115.15
Helsingfors	404.55	405.45	381.60	382.40
Italien	924.05	925.95	874.10	875.90
London	891.60	893.40	862.10	863.90
Newyork	209.70	210.21	202.79	203.21
Paris	1708.25	1711.75	1655.80	1659.20
Schweiz	4115.85	4124.15	3935.05	3943.95
Spanien	3151.80	3158.20	3026.95	3033.25
Wien (altes)	—	—	—	—
Deutsch-Oesterr.	5.48	5.52	5.48	5.52
Prag	421.55	422.45	380.60	381.40
Budapest	28.97	29.03	27.87	27.93
Lissabon	133.85	134.15	128.85	129.15
Bulgarien	—	—	—	—
Buenos-Aires	72.65	72.85	70.52½	70.72½

Abenddevisen

Frankfurt, 25. Jan.

Brüssel	1550	Paris	1645
Holland	7350	Italien	—
London	856	Neuyork	201
Schweiz	—		

Tendenz: abgeschwächt.

w. Zürich, 25 Januar.

	24. Jan.	25. Jan.
Holland	187.—	187.50
Deutschland	2.57½	2.46
Wien	.15	.14½
Prag	10.05	9.95
Paris	41.20	41.90
London	21.68	21.72
Italien	22.40	22.50
Brüssel	39.80	40.15
Budapest	0.72	.70
Newyork	514.50	514.—
Agram	1.70	1.70
Warschau	0.15	0.15
Kopenhagen	103.—	103.25
Stockholm	128.—	128.50
Christiania	81.—	80.—
Madrid	77.—	77.50
Buenos-Aires	170.—	172.50
Belgrad	—.—	—.—

Devisenkurse im Freiverkehr

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co. Karlsruhe

	a. vorbörsl.	b. nachbörsl.
Holland	7350 – 7750	7350 – 7500
Schweiz	3925 – 4125	3900 – 4000
Paris	1645 – 1695	1645 – 1665
Belgien	1575 – 1630	1575 – 1600
London	845 – 895	850 – 870
Neuyork	201 – 213	201 – 204
Italien	860 – 905	865 – 880
	Tendenz schwankend.	Tendenz abgeschw.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg